Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 79.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 1. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Zum Schlusse der Reichstagssession.

Gestern (Montag) ist der Janustempel an der Leipziger Straße zu Berlin — denn als solchen darf man wohl das Reichstagsgebäude in Anbetracht des gegenwärtigen erbitterten und unabsehbaren Krieges der Meinungen bezeichnen — geschlossen worden, aber es ist darum noch nicht Friede auf Erden eingekehrt, vielmehr ist nur der Kriegsschauplatz verlegt worden, und der zweite Janustempel, der am Dönhofsplatz, hat seine Pforten geöffnet. Es ist leider Zündstoff genug vorhanden, die Kriegsflamme auch hier in hellem Flackern zu erhalten; wir erinnern nur an die bevorstehende kirchenpolitische Vorlage.

Will die Regierung recht bescheiden sein, und sie will es, nach den Aeußerungen des Bundesrathskommissars Minister v. Puttkamer in der letzten Mittwochssitzung des Reichstages zu schließen, wirklich sein, so kann sie durch den Verlauf der jetzt beendeten, ausnehmend kurzen Reichstagssession sich allenfalls befriedigt erklären. Trotz der kurzen Dauer der Session wurde fast das sämmtliche Material aufgearbeitet, und fast alle Regierungsvorlagen gelangten zur Annahme, wenn auch keineswegs durch eine geschlossene Regierungsmajorität oder auch nur durch ein Zusammengehen der Konservativen und des Zentrums, sondern vielmehr durchweg durch eine aus Konservativen, Zentrum und Liberalen bunt zusammengesetzte Mehrheit.

Hieraus den Schluß ziehen zu wollen, daß die gegenwärtige Regierung demnach das Vertrauen der verschiedensten Parteien auf sich vereinige, wäre indessen mehr als voreilig, wie wir gleich sehen werden.

Angenommen wurden die Vorlagen der Regierung über den Hamburger Zollanschluß, das Gesetz über die Berufsstatistik und der Entwurf betr. das Reichstagsgebäude, auch das Budget erfuhr nur wenig in's Gewicht fallende Abänderungen.

Auf diese Erfolge wies der Minister v. Puttkamer hin, als er im Gegensatz zu Herrn v. Bennigsen — welcher in der Hereinziehung der Person des Monarchen in die politischen Debatten durch die Minister wohl mit Recht ein Bewußtsein der Schwäche an der letzteren Stelle erblicken wollte — den Verlauf der Session für einen die Regierung befriedigenden, die Stärke ihrer Position bestätigenden erklärte.

Bei näherem Zusehen zerfließt aber auch in der angegebenen Beschränkung der Triumph der Regierung so ziemlich in Nichts, ja er beweist, soweit er überhaupt zugegeben werden kann, eigentlich nur das Eine, daß eben in der erlauchten Versammlung, in welche das deutsche Volk seine Vertreter schickt, faktiöse Opposition nicht getrieben wird, und daß die dahin gehenden, so leidenschaftlichen offiziösen und gouvernementalen Beschuldigungen grundlos sind.

Die Vorlage wegen des Reichstagsgebäudes hatte einen politischen Charakter überhaupt nicht, und was die Hamburger Vorlage anbelangt, so repräsentirt dieselbe in ihrer schließlichen Gestalt, in der sie zum Gesetze wurde, wie wir schon früher ausführlicher dargelegt, weniger einen Triumph als einen Rückzug der Regierung. Die Letztere strebte ursprünglich schlechtweg die Einverleibung Hamburgs in die deutsche Zollgrenze an; erst nachdem sich dies als unmöglich erwies, begnügte sie sich mit der Forderung einer Verlegung und Verengerung des Freihafengebiets. Hiermit ist also jeder grundsätzlichen Aenderung aus dem Wege gegangen; mit dem so gestalteten neuen Zustande können zahlreiche Bevölkerungselemente in Hamburg, Altona und auf dem dortigen flachen Lande, sowie alle durch Hamburg Reisenden nur zufrieden sein, und es blieb nur die Frage, ob, da der Freihafen doch fortbestehen soll, die Uebernahme einer Last von 40 Millionen M. auf das Reich sich rechtfertigen lasse. Ueber diesen Punkt half schließlich der Umstand, daß Hamburg selbst seine Sache hatte fallen lassen, hinweg; denn, wie gesagt, der neue Zustand, welcher den Freihafen beläßt, bringt wirklich verschiedene Vortheile und Bequemlichkeiten mit sich, und über ihn war eine Einigung möglich. Aber ein Triumph der Regierung ist in dem Verlaufe der Sache mit dem besten Willen nicht zu erblicken.

Auch die Vorlage, betreffend die Berufsstatistik, wurde zum Gesetze; es beweist dies, daß die Vorlage, nachdem sie vom Reichstage einige Aenderung (Streichung der Viehzählung) erfahren, gut war, und daß der Reichstag eine sachliche, keine faktiöse Kritik übte.

Daß auch die von rechts her vielgeschmähte Fortschrittspartei ein nützliches, positiv schaffendes Element der deutschen Volksvertretung ist, bewies schließlich das Schicksal des Richterschen Antrages, welcher, und zwar unter Zustimmung der Regierung, einstimmig angenommen wurde.

Hiermit aber hätten wir den azurblauen Untergrund des Reichstagshimmels fertig gemalt, und wir müssen nunmehr, um ein naturgetreues Bildniß herzustellen, auch die Wolken aufmalen, welche leider einen recht großen Theil des Raumes einnehmen.

Die erwähnten Vorlagen hatten ihr mehr oder weniger günstiges Schicksal nur dem Umstande zu danken, daß sie mit den brennenden Fragen, welche dem Wahlkampfe seine Signatur gaben, Nichts zu thun haben; bekanntlich hat die Regierung die sozialpolitischen Vorlagen für später vorbehalten. Außerdem ist, wie hier gelegentlich geschehen soll, hervorzuheben, daß Fürst Bismarck selbst zugegeben hat, bei seinem ersten Unfallversicherungs-Entwurfe mit der Zentralisation der Versicherungsanstalten über das Ziel hinausgeschossen zu haben. Auch anläßlich der Interpellation Hertling betr. die Fabrikgesetzgebung bekundete er eine gegen früher ziemlich ernüchterte Stimmung.

Davon, wie diese Anzeichen einer innerlichen Wandlung sich weiter fortbilden, dürfte das Schicksal der noch ausstehenden sozialpolitischen Entwürfe des Reichskanzlers wesentlich mit abhängen. In ihrer jetzigen Entwicklung haben sie auch in der abgelaufenen kurzen Session der Regierung nur eine schwere Niederlage eingebracht: der deutsche Volkswirthschaftsrath ist gefallen. Aehnliche Projekte, wie das Tabaksmonopol, welches die Regierung ja auch u. A. unabhängiger vom Reichstage machen müßte, dürften demnach auch für die Zukunft nur sehr geringe Chancen haben, es wäre denn, daß das Zentrum schließlich seiner „Religionsfreiheit“ zulieb den Tabak preisgäbe. Freilich wäre auch damit eine sichere Majorität noch nicht hergestellt. Im Uebrigen hat die Session das Verhältniß zwischen Regierung und Zentrum um Nichts geklärt.

Wie schroff aber in Wirklichkeit die Gegensätze zwischen der jetzigen Regierung und den irgendwie noch selbständigen Elementen der deutschen Volksvertretung sind, das hat sich namentlich immer dann herausgestellt, wenn die Politik der Regierung überhaupt zur Debatte kam, wie z. B. bei der Etatsberathung, bei der Besprechung der Wahlbeeinflussungen und bei der Debatte, welche sich an den Erlaß vom 4. Januar knüpfte.

Halten wir uns an die letztere; sie hat für Jeden, der sehen will, untrüglich dargethan, nicht nur daß der Widerstand gegen die jetzige Regierungspolitik im Wachsen begriffen ist, sondern auch, daß sich die Regierung selbst inmitten ihrer gegenwärtigen Bundesgenossen resp. Dienstmannen nicht mehr so sicher und kräftig fühlt wie einstens während der liberalen Aera, als ihr noch selbständige Männer zur Seite standen.

Nur hieraus kann man es sich erklären, daß neuerdings Regierungskundgebungen, seien es nun Reden von Ministern wie v. Puttkamer und v. Bötticher oder Erlasse wie der vom 4. Januar, hinterher immer noch der Erklärung, der näheren Erläuterung, der Richtigstellung und dergl. bedürfen. Warum findet man neuerdings nicht immer gleich aufs erste Mal den richtigen, allgemein verständlichen Ausdruck? Wir wollen den Gedanken hier nicht weiter ausführen; jeder Leser kann sich die nöthigen Ergänzungen leicht selber geben.

Die Verhandlung über den Erlaß hat die Stellung der Regierung nichts weniger als gebessert. Wer nicht vorher schon die Ueberzeugung hatte, daß von Seite des Reichstags und der Wählerschaft ein erkennbarer Anlaß zu der regierungsseitig provozirten Debatte über die Kronrechte 2c. nicht vorlag, der konnte sie eben durch jene Debatte gewinnen. Der ganze Vorwurf gegen die Liberalen, daß sie den Parlamentarismus anstreben und die Regierung unter die Botmäßigkeit des Parlaments bringen wollten, war — das konnte nicht widerlegt werden und wurde auch gar nicht versucht — zunächst ohne jeden Anlaß von den Offiziösen ausgeheckt und so lange fortgesponnen worden, bis man dann die allmählich mundgerecht gewordene Fabel nun ihrerseits als Grundlage weiterer Angriffe gegen den Konstitutionalismus überhaupt benutzen konnte. Die Offiziösen schufen erst eine eingebildete Gefahr, und dann zogen sie gegen diese zu Felde. So haben sie, nicht die Liberalen schließlich jene Kundgebung herbeigeführt. Kein Mensch hat, um auf die Debatte selber zu kommen, dem Fürsten Bismarck Feigheit vorgeworfen, nur das wurde ausgesprochen, daß das Vorschieben der königlichen Person durch die Minister inkonstitutionell sei auch nach preußischem Rechte. Indem Fürst Bismarck hingegen aufbrauste, ging es ihm ebener wie Jupiter, der bekanntlich auch nur dann heftig wird, wenn er — nicht ganz recht hat.

Daß Jemand, welcher die von dem Fürsten Bismarck in seiner letzten Rede geführte Sprache in Betracht zieht, auf den Glauben gerathen könnte, der Reichstag sei es, welcher von dem Fürsten Bismarck geringschätzig denke und dessen Stellung herabdrücken wolle, erscheint uns unmöglich.

Wenn aber nicht die Regierung, so kann die liberale Partei mit Genugthuung auf die Session zurückblicken. Der Antrag Windthorst spaltete sie allerdings, aber dasselbe widerfuhr auch allen anderen Parteien. Im Uebrigen zeigten die liberalen Fraktionen eine erfreulich sich befestigende Einigkeit, deren prägnanten Ausdruck der Haftpflichtgesetz-Entwurf bildet. Während das kleine Häuflein derjenigen Freikonservativen, welche wenigstens noch einen Schein von Selbständigkeit zu wahren suchen, immer mehr zusammenschmilzt und der Rest von den Deutschkonservativen aufgesogen wird, so daß jede kommende Wahl ihre Chanzen wesentlich verschlechtern muß, schließt die liberale Phalanx von Bennigsen bis Richter ihre Glieder immer fester, und da zugleich auch im Lande die freiheitliche Bewegung immer mehr um sich greift, so sind es zweifelsohne die Liberalen, welche am Ende der Reichstagssession mit gestärktem Vertrauen in die Zukunft blicken können.

Die höheren Lehranstalten.

Dem Abgeordnetenhause sind vom Kultusminister die Erläuterungen für den im Etatsentwurfe ausgebrachten Dispositionsfonds zur Deckung der durch die Einführung revidirter Lehrpläne an höheren Unterrichtsanstalten entstehenden Mehrbedürfnisse zugegangen. Wir entnehmen diesen Erläuterungen Folgendes:

1) Die Unterscheidung der Gymnasien und Realschulen ist als sachlich begründet und durch die Erfahrung bewährt aufrecht zu halten. Der von vereinzelten Stimmen befürwortete Gedanke, für alle diejenigen jungen Leute, deren Lebensberuf wissenschaftliche Fachstudien auf einer Universität oder einer technischen Hochschule erfordert, eine einheitliche, die Aufgabe des Gymnasiums und der Realschule verschmelzende höhere Schule herzustellen, ist, wenigstens unter den gegenwärtigen Kulturverhältnissen, mit denen allein gerechnet werden darf, nicht ausführbar, ohne daß dadurch die geistige Entwickelung der Jugend auf das schwerste gefährdet würde. Dagegen hat die der Unterrichtsordnung von 1859 zu Grunde liegende Ueberzeugung, daß Realschulen ohne Latein nur als unvollständige, einer niederen Ordnung angehörige Lehranstalten zu betrachten seien, durch die weitere Entwickelung nicht Bestätigung gefunden; vielmehr haben Realschulen, welche bei gleicher Dauer des Lehrkursus wie die Realschulen erster Ordnung die sprachliche Bildung ihrer Schüler ausschließlich auf moderne Kultursprachen begründen, eine immer mehr steigende Anerkennung als Schulen allgemeiner Bildung sich erworben. Diese Erfahrung ist sowohl an preußischen als an außerpreußischen deutschen Lehranstalten dieser Art gemacht. Ferner nicht bestätigt hat sich der in der Unterrichtsordnung von 1859 zur Geltung gelangte Gesichtspunkt, daß alle realistischen Lehranstalten von geringerer Kursusdauer, als die der Gymnasien und Realschulen I. Ordnung ist, im Wesentlichen nur als die untere Abtheilung von Realschulen I. Ordnung betrachtet werden, denen der Abschluß durch die Prima fehlt, vielmehr hat es sich als zweifelloses Bedürfniß erwiesen, daß für eine höhere bürgerliche Bildung Schulen errichtet werden, welche in sechsjähriger Lehrdauer — vom neunten Lebensjahre der Schüler gerechnet — unter Ausschluß des lateinischen Unterrichts zu einem bestimmten, nicht auf die Fortsetzung durch weiteren allgemeinen Unterricht hinweisenden Abschlusse führen und den als reif entlassenen Schülern die Erwerbung des Militärzeugnisses vermitteln. Lateinlose höhere Bürgerschulen der bezeichneten Art bestehen in dem außerpreußischen Deutschland in großer Zahl (mehr als fünfzig), in Preußen vorläufig noch in geringer (neun), sind aber auf Grund ihrer Erfolge in unverkennbarer Abnahme begriffen. Die Unterrichtsverwaltung hat sich hierdurch bestimmt gefunden, mit der Revision der Lehrpläne für die Gymnasien und die Realschulen 1. Ordnung zugleich Normallehrpläne für die lateinlosen Realschulen von neunjähriger Lehrdauer und für die lateinlosen höheren Bürgerschulen von sechsjähriger Lehrdauer zu entwerfen und dadurch die gesammten Verhältnisse der höheren Schulen zu klarer Uebersicht zu bringen.

2) An den Gymnasien ist es seit der im Jahre 1856 getroffenen Aenderung des Lehrplanes als ein Uebelstand empfunden worden, daß in den drei Jahreskursen der untersten Klassen je eine neue fremde Sprache in den Unterricht eingeführt wird, in Sexta die lateinische, in Quinta die französische, in Quarta die griechische. Indem überdies in Quarta der Beginn des mathematischen und des eigentlich historischen Unterrichts hinzutritt, so erklärt sich daraus, daß ein erheblicher Theil der Schüler einer längeren Dauer des Aufenthaltes in Quarta bedarf oder die Quarta überhaupt nicht überschreitet. Ferner läßt sich von dem naturbeschreibenden Unterricht an Gymnasien ein befriedigender Erfolg nicht erwarten, nach dem durch die Lehreinrichtung von 1856 derselbe in Quarta unterbrochen wird und selbst für Sexta und Quinta ein gänzliches Aufgeben dieses Unterrichts den Schülern gestattet ist. Dazu kommt, daß überdies dem physikalischen Unterricht in Sekunda nur eine wöchentliche Lehrstunde zugewiesen ist. Die hieraus sich ergebende Beeinträchtigung der naturwissenschaftlichen Elementarbildung trifft vielleicht diejenigen, welche dem naturwissenschaftlichen oder einem damit zusammenhängenden Studium sich später widmen, noch nicht einmal so nachtheilig, als alle die anderen, deren Berufsstudium keinen Anlaß giebt zur Ausfüllung dieser Lücken. Dem an erster Stelle bezeichneten Uebelstande läßt sich nicht dadurch abhelfen, daß der Unterricht im Französischen, wie dies vor 1856 der Fall war, auf die Klassen von Tertia aufwärts beschränkt werde. Das Gymnasium ist allen seinen Schülern, nicht blos denen, welche etwa schon aus den mittleren Klassen abgehen, die zeitigere Einführung in diese für unsere gesammten bürgerlichen und wissenschaftlichen Verhältnisse wichtige Sprache unbedingt schuldig. Dagegen läßt sich der Beginn des griechischen Unterrichts, unter annähernder Beibehaltung der Gesammtzahl der ihm jetzt am Gymnasium gewidmeten Lehrstunden, bis auf Tertia verschieben, ohne dadurch den Erfolg desselben zu beeinträchtigen, sofern dafür gesorgt wird, daß in der grammatischen Seite des Unterichts, gegenüber der Lektüre, das richtige Maß eingehalten wird. Durch diese Aenderung wird nicht nur für die Entwickelung des naturbeschreibenden Unterrichts der erforderliche Raum beschafft, sondern es werden zugleich die Lehrpläne der Gymnasien und Realschulen erster Ordnung für die drei untersten Jahreskurse so einander genähert, daß bis zur Versetzung nach Untertertia der Uebergang von der einen Kategorie der Schulen zu der anderen unbehindert ist. Die daraus sich ergebende Folge, daß erst nach dreijährigem Schulbesuche die Entscheidung für Gymnasium oder Realschule erster Ordnung erforderlich ist, wird um so beachtenswerther erscheinen, wenn man in Betracht zieht, daß an 150 Orten nur gymnasiale, an 81 Orten nur realistische Anstalten mit lateinischem Unterrichte bestehen.

3) An den Realschulen I. Ordnung entsprechen die Erfolge des lateinischen Unterrichts weder dem Maße der auf denselben verwendeten Zeit, noch insbesondere der Bedeutung, welche diesem Unterrichte in diesen Anstalten zugewiesen ist. Der Mangel ausreichenden Erfolges

trifft fast ausschließlich die obersten Klassen und wird dem Umstande zugeschrieben, daß in diesen Klassen die Zahl der lateinischen Lehrstunden auf ein zu geringes Maß herabgesetzt ist. Andererseits hat die Ausdehnung des naturbeschreibenden Unterrichts bis in die obersten Klassen den kaum zu vermeidenden Anlaß gegeben, die der Schule gestellte Aufgabe zu überschreiten und in theoretische Hypothesen einzugeben, deren Erwägung dem Fachstudium auf einer Hochschule überlassen bleiben muß. Die hiermit verbundene Zersplitterung des naturwissenschaftlichen Interesses in den obersten Klassen auf drei Gebiete, Naturbeschreibung, Physik und Chemie, ist entschieden nachtheilig, so daß der Erfolg nicht dem Aufwande an Zeit entspricht.

4) Die lateinlosen Realschulen von neunjähriger Lehrdauer sind von der Gefahr nicht ferngeblieben, durch eine überwiegende Hingebung an die mathematisch naturwissenschaftliche Seite des Unterrichts den Charakter von Fachschulen anzunehmen. Dieser Gefahr vorzubeugen, liegt im dringendsten Interesse dieser Schulen, denn nur insoweit dieselben den thatsächlichen Beweis liefern, daß auch unter Beschränkung auf moderne Sprachen der Aufgabe der sprachlich formalen und der ethischen Bildung vollständig Genüge geschieht, sind dieselben fähig, als Schulen allgemeiner Bildung neben den Gymnasien und Realschulen I. Ordnung zu gelten. Bei den lateinlosen höheren Bürgerschulen ist das Streben nach einer Steigerung der Lehrziele ersichtlich geworden; diesen an sich aus schätzbaren Motiven hervorgegangenen Bestrebungen muß vorgebeugt werden, wenn diesen Schulen die segensreiche Wirksamkeit auf weite Kreise gerichtet werden soll.

Die angezeigte Revision der Lehrpläne erfordert eine mäßige Erhöhung der Kosten. Eine Trennung der drei obersten Klassen in je zwei aufsteigende Klassen (Untertertia, Obertertia 2c.) wird erst dann erfordert, wenn die Gesammtfrequenz einer derselben eine bestimmte Minimalgrenze überschreitet. Man muß der in den süddeutschen Staaten bestehenden Einrichtung, welche die Vereinigung von so erheblich unterschiedenen Schulen unbedingt ausschließt, den Vorzug zuerkennen, aber die Rücksicht auf die Kostenersparung an minder frequenten Anstalten macht es unmöglich, die fragliche Einrichtung allgemein abzustellen. Unzulässig ist aber diese Vereinigung von zwei um einen Jahreskursus unterschiedenen Schülergenerationen in solchen Lehrgegenständen, in welchen der Unterschied eines Lehrjahres einen so bedeutenden Unterschied der Schüler begründet, daß ein gemeinsamer Unterricht nicht mit ausreichendem Erfolge ausführbar ist. Dies trifft nach der vorbereiteten Revision der Lehrpläne die Tertia des Gymnasiums im griechischen Unterrichte, da derselbe in dieser Klasse erst beginnen wird; es trifft Sekunda der neunjährigen Realschulen mit oder ohne Latein im naturwissenschaftlichen Unterrichte, da nur auf das erste Jahr der Sekunda der naturbeschreibende Unterricht sich erstreckt, im zweiten dagegen der chemische beginnen soll. Die Trennung ist jedenfalls jetzt zu erfordern, um durch die Ermöglichung eines größeren Erfolges der Lehrstunden die Erreichung des Lehrzieles zu sichern und zugleich jede Gefahr einer Ueberbürdung der Schüler mit häuslicher Arbeit fern zu halten. Die Trennung trifft nur diejenigen Schulen, an welchen nicht bereits in Folge der Frequenz Unter- und Obertertia, Unter- und Obersekunda durchgängig unterschiedene Klassen bilden. Es ist eine Position von 29,0.0 Mark in den Etat aufgenommen worden.

[Eine Erklärung des Bundesraths.] Zu den überraschenden Vorgängen, an denen die letzte Session des Reichstags so reich gewesen ist, gehört auch die Erklärung, welche der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Staatsminister v. Bötticher, in der gestrigen Sitzung abgab, ehe er auf Grund der kaiserlichen Ermächtigung die Session des Reichstags für geschlossen erklärte. Staatsminister v. Bötticher machte die Mittheilung, daß der Bundesrath dem Reichs-Haushalts-Etat nach den Beschlüssen des Reichstags seine Zustimmung ertheilt, gleichzeitig aber die Erwartung ausgesprochen habe, der Reichstag werde sich in Zukunft enthalten, in dritter Berathung durch so wichtige Beschlüsse, wie es derjenige bezüglich der Herabminderung der Matrikularbeiträge um 10 Millionen Mark ist, von den finanziellen Grundsätzen und den Geschäftsgewohnheiten abzuweichen. Unserer Ansicht nach hätte diese Rechtsverwahrung des Bundesraths bei keiner unglücklicheren Veranlassung formulirt werden können; wenigstens insoweit dieselbe sich an die Adresse des Reichstags richtet. Bereits in der Sitzung vom 27. Januar, als der Reichstag sich zum ersten Male mit dem Antrage Richter beschäftigte, schloß der Staatssekretär im Reichsschatzamt, Scholz, seine Erklärung gegen den Antrag mit folgenden Worten:

„Wollte nun aber der Reichstag, dem es vorzugsweise zukommt, die Reichsfinanzverwaltung bei Festhaltung solider Grundsätze zu unterstützen, sich über alle solche Bedenken hinwegsetzen und dem Antrag Richter entsprechend beschließen, so vermag ich nicht zu sagen, welche Stellung die verbündeten Regierungen gegenüber einem solchen Beschluß einnehmen würden. Ich kann aber versichern, die preußische Stimme würde nicht gegen den Etat abgegeben werden, der preußischen Regierung würde es nur willkommen sein, wenn sie so auf die Initiative des Reichstags jetzt mehr Mittel zur Verfügung erhält für ihre Zwecke, als sie nach der gegenwärtigen soliden Gestaltung des Reichshaushaltsetats zu ihrer Verfügung haben kann."

Der Versuch, die Verantwortlichkeit für die Preisgabe „solider Finanzwirthschaft" auf den Reichstag abzuwälzen, ist angesichts dieser eine indirekte Aufmunterung zur Annahme des Antrags Richter enthaltenden Erklärung des Staatssekretär Scholz ganz und gar vergeblich. Der Bundesrath hätte demnach vielleicht wohl gethan, die vom Staatsminister v. Bötticher mitgetheilte „Erwartung" an eine andere, näher liegende Adresse zu richten. Die „N. L. C." bemerkt über dasselbe Thema:

„Der Bundesrath hat seiner Zustimmung zu dem Antrag Richter betreffs Einstellung der Ueberschüsse in den Etat eine Verwahrung durch den Mund des Staatssekretärs v. Bötticher hinzufügen zu sollen geglaubt, wonach diese Maßregel nicht als ein für die Zukunft maßgebender Präzedenzfall anzusehen sei; vielmehr sei die Maßregel eine nicht gerechtfertigte Abweichung von den bewährten finanziellen Grundsätzen. Man wird aber trotz dieser Verwahrung annehmen dürfen, daß der Vorgang seine Konsequenzen ziehen und als neue Praxis in unsere Etatsaufstellung sich einbürgern wird. Die bundesräthliche Verwahrung ist eine Gewissensberuhigung, auf die wir nicht allzu fest vertrauen möchten."

Deutschland.

+ **Berlin,** 30. Januar. [Abgeordnetenhaus. Der Steuererlaß.] An dem einen Ende der Leipzigerstraße schlossen sich heute die Pforten des deutschen Parlaments, an dem anderen Ende nahm das preußische Abgeordnetenhaus seine Arbeiten mit der ersten Lesung des Etats auf, von dessen, durch die Ermäßigung der Matrikularbeiträge etwas verändertem Aussehen der Finanzminister dem Hause Kenntniß gab. Er erklärte mit Bezug auf das Ergebniß der Budgetberathung im Reichstage, daß der Gesetzentwurf wegen einer Anleihe von 5,8 Millionen Mark zur Deckung des Defizits seitens der Staatsregierung zurückgezogen werde. Dagegen hat der Finanzminister mit keiner Silbe des neuerdings dem Hause zugegangenen Gesetzentwurfs, betreffend die Erweiterung, Vervollständigung und bessere Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes erwähnt, welcher neben dem Etat eine außerordentliche Ausgabe von 128,494,000 Mark in Aussicht nimmt. Davon sollen 51,814,000 Mark zum Bau von neuen Bahnlinien, 48,450,000 Mark zur Anlegung zweiter Geleise und zum Umbau von Bahnhöfen der verstaatlichten Privatbahnen, 11 Mill. zur Vermehrung der Betriebsmittel, d. h. zur Anschaffung von Lokomotiven und Waggons verwendet werden. Es sind das zur größeren Hälfte Ausgaben, welche in das Extraordinarium des Eisenbahnetats gehören und diesen Charakter nicht dadurch verlieren, daß dieselben in Form eines besonderen Anleihegesetzes an den Landtag gebracht werden. Vor Allem überraschend ist die Forderung 11 Millionen zur Vermehrung der Betriebsmittel durch eine Anleihe zu beschaffen, nachdem der Minister der öffentlichen Arbeiten im vorigen Jahre die Verminderung der Fonds für die Erneuerung des rollenden Materials unter den Normalsatz mit dem Ueberfluß an Material gerechtfertigt hat. Diese Minderausgaben sind dann im Etat als Einnahme-Ueberschüsse zur Geltung gekommen, deren Vorhandensein einen unwiderleglichen Beweis für die finanziellen Vortheile des Staatsbahnsystems liefern sollte. Jetzt sollen die Lücken mittelst einer Anleihe wieder ausgefüllt werden, während dieselben nach solideren Finanzgrundsätzen aus den Einnahmen der Staatseisenbahn-Verwaltung zu decken wären. — Die unerfreulichen Erfahrungen, welche die Konservativen trotz des preußischen Steuererlasses von 14 Millionen Mark bei den Reichstagswahlen gemacht haben, scheinen das Zutrauen zu dieser Art von Wahlagitation erheblich erschüttert zu haben. Die Denkschrift zum preußischen Staatshaushalt motivirt den Vorschlag eines weiteren Steuererlasses von 6,6 Millionen Mark mit der Berufung auf das Verwendungsgesetz vom 16. Juli 1880; der Finanzminister fügte aber in seiner Etatsrede hinzu, im Falle der Annahme des dem Hause wieder zugehenden neuen Verwendungsgesetzes würde der Ueberschuß zu Steuererlassen nicht nach Monatsraten, sondern nach Steuerstufen und von unten an verwendet werden. Von Seiten des Zentrums wie der Konservativen ist in Uebereinstimmung mit dieser Eventualmaxime des Finanzministers, wenn auch nicht gerade unter der obigen Voraussetzung als nothwendig anerkannt worden, daß die Mittel, welche nach dem Etat zu Steuererleichterungen disponibel bleiben, nicht zur Desorganisirung des Systems der direkten Steuern, sondern zu einer prinzipiellen Reform desselben verwendet werden, wodurch denn auch dem Steuererlaß der Charakter eines einmaligen Geschenkes an die Steuerzahler genommen würde. Der Finanzminister hat es vorgezogen, sich an die lediglich formalen Vorschriften des Gesetzes vom 16. Juli 1880 zu halten, anstatt seinerseits Vorschläge zu machen, welche durch jenes Gesetz in keiner Weise ausgeschlossen sind.

— In dem Befinden des Reichskanzlers ist eine wesentliche Besserung eingetreten, so daß er sich schon wieder einen großen Theil des Tages seinen Arbeiten widmen kann. Der Fürst läßt sich jetzt ausschließlich vom homöopathischen Arzt, Sanitätsrath Dr. Zwingenberg, behandeln.

— Der „Magd. Ztg." wird von hier geschrieben: Das Gerücht von der Möglichkeit eines nahen Rücktritts des Justizministers Dr. Friedberg wird von Abgeordneten, die bei Mitgliedern des Bundesraths Erkundigungen einzogen, für unbegründet erklärt. Dr. Friedberg, der viele Jahre lang zusammen mit dem verstorbenen Minister Dr. Leonhardt arbeitete, hat an der Vorbereitung und Einführung der Reichs-Justizgesetze hervorragend sich betheiligt, und es war der Wunsch des Dr. Leonhardt, nach seinem Rücktritte möchte kein Anderer als grade Dr. Friedberg die Geschäfte des Justizministeriums übernehmen, da während der ersten zehn Jahre nach dem Inkrafttreten der Justizreform ein Mann an der Spitze der Justizverwaltung stehen müßte, der mit jeder Einzelheit der Reform bekannt wäre, ihre Genesis miterlebt hätte und dadurch kompetent zu einem Urtheil über etwaige spätere Abänderungen der Justizgesetze würde. Dr. Leonhardt versprach sich von der gewaltigen Umgestaltung in dem Maße viel, als die Justizverwaltung genau im Sinne der gesetzgebenden Faktoren die rechtlichen Nova Gestalt und Kraft gewinnen ließe und diese Ueberzeugung Leonhardt's theilten und theilen mit dem Bundesrath die Präsidenten unserer Gerichtshöfe. Man erblickt in dem möglichst langen Verharren des Justizministers Dr. Friedberg an der Spitze des Justizressorts eine werthvolle Garantie für das sichere und feste Sicheinleben der Justizgesetze, die ihre Ausgestaltung wie ihren Inhalt recht eigentlich von dem verstorbenen wie dem jetzt amtirenden Justizminister erhielten, und würde über kurz oder lang ein Wechsel in der Leitung des Justizressorts unvermeidlich, so weiß man im Voraus, daß wiederum nur einer von denjenigen Juristen berufen werden

---

Im Unglück stark.

Roman nach dem Englischen frei bearbeitet von
G. Sternau.

(Nachdruck verboten.)

(15. Fortsetzung.)

10. Kapitel.

Nachdem Lady Andison sich vollständig von der Thatsache überzeugt hatte, daß Miß Helene Shaldon in Hernley Hall erschienen sei, erhob sie sich halb von ihrem Stuhle, als wollte sie zu ihr hinausgehen, setzte sich aber sogleich wieder, indem sie sagte:

„Führen Sie Miß Shaldon herein."

„Sie kommt, jetzt werden Sie Gelegenheit haben, sie zu sehen, Valentin," flüsterte Flora ihrem Verlobten ins Ohr.

Valentin Merrick schien nicht sehr entzückt über die sich ihm bietende Gelegenheit, im Gegentheil, denn als Flora sich erhoben hatte und dicht an die Thür getreten war, als sei sie begierig, die Erste zu sein, welche die Besucherin begrüße, drückte er sich in seine Sophaecke und beschäftigte sich mit außerordentlichem Eifer mit dem Photographiealbum, welches er bereits mit Flora durchgesehen hatte. Er blickte nicht einmal auf, als Miß Shaldon eingeführt wurde, doch wurde seine Zerstreutheit oder affektirte Zurückhaltung bei der Aufregung, welche Miß Shaldon's Erscheinung hervorrief, nicht bemerkt.

Helene Shaldon war sehr bleich. Ein kleiner, schwarzer Spitzenhut umrahmte ihr Gesicht, das in seiner Bläße und hinreißenden Schönheit weit eher verdient hätte, die Aufmerksamkeit Valentin Merrick's zu fesseln, als die Sammlung nichtssagender Photographien in seiner Hand.

„Willkommen, Miß Shaldon," sagte Flora, ihr die Hand schüttelnd; „ich hoffe, es ist nichts in Weddercombe vorgekommen, das Sie beunruhigen könnte."

„Wir würden sehr bedauern, zu hören," begann Sir Charles, als die Herrin von Weddercombe ihm in das Wort fiel, um die Ursache ihres Kommens zu erklären.

„Entschuldigen Sie meine Freiheit, so ohne alle Umstände zu so später Stunde zu Ihnen zu kommen," sagte sie, sich an Lady Andison wendend und so rasch sprechend, daß es Mühe kostete, ihrer Rede zu folgen, „aber ich bin ohne jeden Beistand in Weddercombe und Mrs. Graves, meine Haushälterin, ist plötzlich schwer erkrankt. Man sagte mir, Doktor Dimford sei hier, ich war an seinem Hause und —"

„Ich bin Dr. Dimford," sagte der Arzt aufstehend und sich verbeugend, „und stehe zu ihren Diensten, Miß Shaldon."

„O, bitte, dann kommen Sie sogleich, verlieren Sie keinen Augenblick!" rief sie. „Ich habe sie noch nie krank gesehen. Gütiger Himmel! wenn sie stürbe und mich ganz allein zurückließe!"

„Ist es ein Schlaganfall oder was ist es?" fragte Dr. Dimford.

„Ich weiß es nicht, ich kann es nicht sagen; ich habe schon viele Krankheiten gesehen, aber keine gleich dieser. Können wir denn nicht sogleich aufbrechen?" bat sie, verzweiflungsvoll die Hände ringend.

„Meine liebe junge Dame, regen Sie sich nicht unnütz auf," sagte der Arzt, „beruhigen Sie sich. Ich bin bereit, Sie zu begleiten."

„Ich danke Ihnen."

„Wenn ich Ihnen in irgend welcher Weise behilflich sein kann, sagte Percy, aber sie unterbrach ihn wieder in derselben hastigen, zerstreuten Art.

„Nein, ich danke Ihnen. Ich bedarf blos Dr. Dimford's Beistand. Mein Wagen hält vor der Thür."

„Wollen Sie mir nicht erlauben, für eine oder zwei Stunden mit Ihnen zu gehen," fragte Flora eifrig, „Sie sind so sehr ängstlich und aufgeregt."

„Ich danke Ihnen, Miß Andison, aber nein —" sagte sie zögernd.

Lady Andison bemühte sich vergebens, sich ihrer Tochter durch Zeichen verständlich zu machen und Valentin's Kopf kam einen Augenblick hinter der Sophaecke vor, um nach Miß Shaldon zu blicken.

„Wenn irgend etwas vorfallen sollte, wenn Mrs. Graves wirklich ernstlich krank wäre?" sagte Flora. Helene wurde noch bleicher und blickte die Sprecherin erschrocken an.

„O, wie schwach bin ich doch in Augenblicken der Gefahr!" rief sie. „Nochmals meinen Dank; wie gut sind Sie. Ich hatte von Ihnen nicht so viel Freundlichkeit erwartet, aber —"

„Ich gehe mit Ihnen," erwiderte Flora und eilte aus dem Zimmer.

„Halte doch das unbesonnene Kind zurück!" sagte Lady Andison zu Sir Charles. „Ich bin überzeugt, die Krankheit ist ansteckend."

„Nein, nein, ansteckend ist sie nicht," entgegnete Helene.

„Wenn irgend Anlaß zu Besorgniß vorhanden, werde ich Miß Andison wieder mit zurückbringen," sagte Dr. Dimford.

„Aber es ist wirklich nicht nöthig —" wendete Helene ein, als Flora zur Abfahrt bereit wieder in das Zimmer trat.

„Es ist durchaus nöthig, Miß Shaldon, Ihnen ist nicht wohl und ich bin überzeugt, daß die Gesellschaft Jemandes für Sie eine Hilfe und ein Trost sein wird. Ich bin eine so gute Trösterin und so anstellig! — Ich bin bereit, Mama", sagte sie leise, als sie sich niederbeugte und Lady Andison küßte.

„Ich kann doch gehen — ich muß gehen. Adieu bis morgen. Gute Nacht, Papa, Du hast nichts dagegen, das weiß ich. Gute Nacht, Percy — gute Nacht, Valentin," sagte sie, an das Sopha eilend, „nicht wahr, ich kann gehen, Du erlaubst es?"

„Es ist jetzt zu spät, eine Meinung darüber zu äußern, Flora," erwiderte er gedehnt, „indessen magst Du mitgehen, unter einer Bedingung."

„Du scherzest wohl?"

„Ganz und gar nicht."

„Nun denn, Tyrann, unter welcher Bedingung?"

„Daß Percy und ich Dich morgen früh abholen."

„Einverstanden, vorausgesetzt, daß Alles gut geht," und mit diesen Worten eilte sie aus dem Zimmer, gefolgt von Dr. Dimford und Miß Shaldon. Percy und Shaldon gingen hinter ihnen her, um sie bis an den Wagen zu begleiten. Percy benutzte die Gelegenheit, um sich Helene zu nähern und die Hoffnung auszusprechen, daß sie bei ihrer Heimkunft Mrs. Graves besser finden werde.

Merrick hielt sich im Hintergrunde, anscheinend in der Absicht, seinem Freunde nicht das Spiel zu verderben. Miß Andison konnte er nicht mehr einholen, wenn er wirklich daran gedacht hätte. Es war ein gescheidter Mann. Er hatte im Salon Abschied von Flora genommen und es lag ihm nichts daran, die Szene zu wiederholen; er liebte unnütze Repetitionen nicht.

(Fortsetzung folgt.)

würde, die bei der Redaktion der Reichsjustizgesetze hervorragend thätig waren. Allein das Interesse der Justizverwaltung fordert die möglichst lange Amtsdauer des jetzigen Ressortchefs, weil dessen Auffassungen und Bestrebungen mit denen des Dr. Leonhardt identisch sind. Diese glückliche Uebereinstimmung resultirt aus dem gleich hohen Maße juridischer Intelligenz und praktischer Erfahrung.

— Der Gesandte v. Schlözer wird heute Abend Berlin verlassen und sich zunächst erst noch zu kurzem Aufenthalte nach München begeben, bevor er nach Rom weiterreist. Während seiner Anwesenheit in Berlin wurde er wiederholt vom Reichskanzler Fürsten Bismarck empfangen, mit dem er auch gemeinsam arbeitete. Auch heute war Herr v. Schlözer vom Fürsten Bismarck wieder zum Diner geladen worden. Am Vormittag hatte er die Ehre vom Kronprinzen empfangen zu werden. Der Kaiser hatte ihm schon früher eine Audienz ertheilt.

— In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Ernennung des Unterstaatssekretärs im Ministerium des Innern, von Schliedmann, zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen ziemlich feststeht. Als eventueller Nachfolger des Herrn v. Schliedmann wird der jetzige Direktor im Ministerium des Innern, Herfurth, bezeichnet.

— Wie es heißt, wird in nächster Zeit die Entscheidung über die Wiederbesetzung des Paderborner Bischofsstuhls erfolgen. Das Domkapitel in Paderborn hat bereits vor einiger Zeit seine Kandidatenliste mit sieben Namen nach Berlin gesendet. Es wird jetzt auch die Kandidatenliste des Breslauer Domkapitels bekannt; es standen auf der Liste Domprobst Herzog in Berlin, Feldbischof Dr. Gruscha in Wien, Bischof Leonrod in Eichstedt, Domkapitular Dr. Moufang in Mainz, Weihbischof Gleich in Breslau, Kaplan Prinz Radziwill in Ostrowo und Domherr Dr. Lorinser in Breslau. Wie es heißt, sind sämmtliche Kandidaten bis auf einen, den Domprobst Herzog, von der preußischen Regierung gestrichen worden; in Folge dessen hat das Domkapitel sein Wahlrecht in die Hände des Papstes gelegt.

— Im „Reichsanz.“ wird wieder eine Antwort der Minister des Innern und der Finanzen an eine Anzahl Bürgermeister der Rheinprovinz auf eine Eingabe veröffentlicht, worin die Eröffnung neuer Einnahmequellen für die Städte beantragt war. Zunächst wird bemerkt, daß dem Landtage ein in der Eingabe erbetener Gesetzentwurf, welcher die Erhöhung der Hundesteuer gestattet, vorgelegt werden wird. Der ferner beantragten Wiedergestattung der Einführung einer kommunalen Schlachtsteuer erklären die Minister sympathisch gegenüberzustehen, aber weder eine solche Maßregel, noch die indirekte Durchführung derselben vermittelst der Erhöhung der Gebühren für die Benutzung der städtischen Schlachthäuser könne außer Zusammenhang mit der Regelung des gesammten Gemeindeabgabenwesens gestattet werden. Mit der Ausbildung des Systems kommunaler Verbrauchsabgaben, welche in der Eingabe befürwortet war, erklären die Minister sich wiederholt grundsätzlich einverstanden. „Wir machen“, heißt es zum Schluß, „darauf aufmerksam, daß ungeachtet der aus der Reichsgesetzgebung folgenden Beschränkungen den Stadtgemeinden die Befugniß zur Einführung indirekter Gemeindeabgaben auf Grund der bestehenden Gesetzgebung in einem Umfange gestattet ist, in welchem die an der Eingabe vom 13. v. M. betheiligten Stadtgemeinden bisher vollen Gebrauch noch nicht gemacht haben.“

— Auch in dieser Session wird dem Landtage trotz mehrfacher Versprechungen das Pensionsgesetz für Volksschullehrer nicht vorgelegt werden. Dagegen sind zu den Unterstützungen für die Emeriten in diesem Etat größere Summen gefordert worden. Wie nothwendig hier eine Regelung ist, ersieht man aus folgenden Zahlen: Von den 3271 emeritirten preußischen Volksschullehrern beziehen noch 189 eine jährliche Pension unter 300 M., 744 eine zwischen 300 und 450 M., 816 zwischen 450 und 600 M., 676 von 600—750 M., 167 zwischen 750 und 1000 M., 679 über 1000 M. Die vom Staate gewährten Unterstützungen sind, ohne Berücksichtigung der Dienstzeit, von den Vermögensverhältnissen, von der Erwerbsunfähigkeit und von der Führung, d. h. also vom guten Willen der Behörden abhängig.

— Alle Angaben, welche über den Stand der Arbeiten bezüglich des Tabaksmonopols verbreitet sind, werden der „Magd. Ztg.“ von unterrichteter Seite als wenig zutreffend bezeichnet. Richtig ist nur, daß wiederholt angebahnte Vorarbeiten nicht die Zustimmung des Reichskanzlers fanden und erneute Aufstellungen nöthig machten. Letztere sind aber noch nicht beendet und es konnte somit nicht davon die Rede sein, daß der Entwurf bereits den einzelnen Bundesregierungen zur Begutachtung zugehen sollte. Bis vor ganz kurzer Zeit hieß es bekanntlich, daß eine Frühjahrssession beschlossene Sache und die Vorlegung des Tabaksmonopols in derselben mit Sicherheit zu erwarten wäre; jetzt ist es, wie wir wiederholt mitgetheilt haben, davon wieder ganz still geworden und es scheint, daß man die Arbeiten bezüglich des Tabaksmonopols jetzt in einem Tempo führt, welches genugsam bekundet, daß man für die Vorlegung des tief einschneidenden Gesetzentwurfes einen ziemlich fernen Termin ins Auge gefaßt hat.

— Der Landesausschuß von Elsaß-Lothringen hat am 27. d. M. den Etat der Straßburger Tabaksmanufaktur genehmigt. Gegen die Annahme des Etats, namentlich der Ausgabeziffer, trat besonders der Protestler Goldenberg auf, welcher die Ausgabeziffer um 1½ Millionen Mark reduzirt sehen wollte. Für die Annahme trat der Unterstaatssekretär Dr. von Mayr ein, indem er besonders scharf betonte, daß die Regierung bei ihrem Vorgehen völlig den Intentionen des Landesausschusses gemäß gehandelt habe, daß er (Redner) gelegentlich der Berathungen über die Bewilligung der außerordentlichen Kredite ausdrücklich betont habe, daß es sich darum handle, der Straßburger Tabaksmanufaktur den deutschen Markt zu erschließen. Was die Frage des Monopols anlange, so erinnere er daran, daß in den Jahren 1875 und 1876 der Landesausschuß in Resolutionen ganz ausdrücklich für das Monopol eingetreten sei und daß noch im vergangenen Jahre mehrere Mitglieder des Landesausschusses zu Gunsten des Monopols das Wort ergriffen hätten; daß es also der Landesausschuß sei, der von jeher die Frage des Monopols besonders betont habe. Herr von Mayr erklärte wiederholt, daß der Betrieb der Manufaktur so geführt werde, daß es derselben ganz gleichgültig sei, ob das Monopol eingeführt werde oder nicht.

— [Die Vorlage im Abgeordnetenhause.] Dem Abgeordnetenhause sind, wie schon erwähnt, Erläuterungen zu dem im Etat ausgebrachten Dispositionsfonds zur Deckung der durch die Einführung revidirter Lehrpläne an höheren Unterrichtsanstalten entstehenden Mehrbedürfnisse zugegangen. Die Denkschrift dürfte Anlaß geben, das vielbesprochene Thema der Vertheilung des Lehrstoffes auf Mittelschulen, die Ueberbürdung der Schüler u. dergl. im Abgeordnetenhause zu verhandeln. Ferner sind dem Abgeordnetenhause zugegangen: ein Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung, Vervollständigung und bessere Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes. Diese Vorlage haben wir bereits ihrem wesentlichen Inhalte nach in Nr. 73 mitgetheilt. Sodann ist vorgelegt, ein Bericht über die Bauausführungen der Eisenbahnverwaltung während des Zeitraums vom 1. Oktober 1880 bis dahin 1881. Aus dem Kultusministerium ist Gesetzentwurf, betr. Abänderung der Verordnung über die Bildung und den Geschäftskreis eines evangelisch-reformirten Konsistorii in Frankfurt a. M. vom 8. Februar 1820, sowie des organischen Gesetzes vom 5. Februar 1857 über Abänderung einiger, die evangelisch-lutherische Kirchenverfassung berührenden Bestimmungen der Konstitutions-Ergänzungsakte der Stadt Frankfurt a. M. eingegangen.

— Offiziös wird geschrieben: Auf der Tagesordnung der heutigen Bundesrathssitzung stand auch ein Antrag Sachsens, die gegenwärtige Fassung des § 153 des Reichs-Strafgesetzbuches, welcher bisher lautet: „Wer einen ihm zugeschobenen, zurückgeschobenen oder auferlegten Eid wissentlich falsch schwört, wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft“, folgendermaßen zu ändern: „Wer vor einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Behörde einen Eid wissentlich falsch schwört, wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft.“ Beigefügt ist dem Antrage außer den Motiven eine Entscheidung des Reichsgerichts. Die Motive gehen davon aus, daß die bisherige Fassung des § 153 zu dem Zweifel Veranlassung gegeben habe, ob ein Kompromiß, d. h. ein solcher Parteieid, welcher in einer streitigen Rechtssache von den Parteien zur Herbeiführung eines Vergleichs vereinbart und von der Behörde abgenommen worden ist, wenn falsch geschworen, unter die Strafbestimmung falle. In mehreren Entscheidungen ist die Frage von dem vormaligen Ober-Appellationsgericht zu Dresden bejaht, vom vormaligen Obertribunal zu Stuttgart verneint worden. Neuerdings hat der dritte Strafsenat des Reichsgerichts die beigefügte Entscheidung erlassen, durch welche ein derartiger falsch geschworener Eid für nicht strafbar erklärt wird. Nach früherem gemeinem deutschen Strafrechte waren Falscheide jeder Art strafbar, wenn sie vor einer zuständigen öffentlichen Behörde geleistet worden waren. Hieran war auch in den meisten partikularistischen Gesetzgebungen festgehalten worden. Gewinnt und behauptet nun die Auffassung des Reichsgerichts, wie vorauszusetzen ist, die Herrschaft in der Spruchpraxis, so ist hiermit eine Lücke in der Gesetzgebung konstatirt, deren Ausfüllung dringlich erscheint. Denn nicht nur der falsch geschworene Kompromißeid bleibt straflos, sondern es entsteht auch die Gefahr, daß noch andere vor öffentlichen Behörden geleistete Falscheide straflos bleiben, wenn die Art, wie die betreffende Materie reichs- oder handelsrechtlich geregelt ist, der Einordnung in eine jener Kategorien nicht im Sinne der Gerichte sicherstellt.

— Die Zollbehörde in Hamburg hat, wie wir dem „Leipz. Tagebl.“ entnehmen, vor Kurzem die Entscheidung gefällt, daß in Zukunft ausländische Bücher, die zum Schutze des Einbandes mit Futteralen versehen sind, je nachdem diese mit Leinwand oder mit Leder überzogen sind, entweder als Buchbinderwaaren oder als Lederwaaren verzollt werden sollen. Der Buchhandel ist durch diese Entscheidung in nicht geringe Erregung versetzt worden. Die Leipziger Zollbehörde hat sich bis jetzt der obigen Ansicht nicht angeschlossen, es ist aber nicht abzusehen, aus welchen Gründen die höheren Instanzen der Zollbehörde in Hamburg nicht darin beitreten sollten, daß mit demselben Rechte, mit welchem Corned beef als Eisen- und Essenzen als Seidenwaaren verzollt werden, ausländische Klassiker als Lederwaaren behandelt werden müssen.

— Nach dem Beschlusse des Bundesrathes soll auch für das Jahr 1881 im deutschen Reiche eine Ermittlung des Ernte-Ertrages stattfinden, durch welche möglichst zuverlässige Angaben über die in dem genannten Jahre wirklich geernteten Mengen an Bodenerzeugnissen gewonnen werden sollen, und zwar im Wege einer Schätzung nach Gewicht des Ernte-Ertrages an den einzelnen Erzeugnissen, welche im Erhebungsjahre durchschnittlich auf den Hektar der Anbauflächen innerhalb jedes Erhebungsbezirks erzielt worden ist. Nach Bestimmung der Minister des Innern und der landwirthschaftlichen Angelegenheiten hat diese Ermittlung in Preußen während der zweiten Hälfte des nächsten Monats stattzufinden. Mit der Vorbereitung und technischen Leitung der hierzu erforderlichen Arbeiten sowie mit der Zusammenstellung und dem Druck der Ermittelungsergebnisse ist das statistische Bureau in Berlin beauftragt. Die Ermittelungen selbst sind unter Aufsicht der Regierungen von den Landrathsämtern, unter Mitwirkung der Bezirksbehörden ins Werk zu setzen. Die unmittelbare Ausführung, die thatsächliche Ermittelung der Ernte-Erträge und die Ausfüllung der aufgestellten bezüglichen Erhebungsformulare liegt den Gemeindebehörden, bezw. den Besitzern oder Vertretern der selbständigen Gutsbezirke ob; es ist indessen freigestellt, daß da, wo die Verhältnisse es nothwendig erscheinen lassen, die Ermittelungen einer für diesen Zweck zu bildenden Schätzungskommission übertragen werden. Auch können mehrere Gemeinden oder Gutsbezirke zur Bildung einer Schätzungskommission vereinigt werden, welche dann die Ermittlung in dem Gesammterhebungsbezirke wahrzunehmen hat,

Stadttheater.

Posen, 31. Januar.

Ursprünglich war wohl für diesen Winter eine Vorführung des „Fliegende Holländer“ in Aussicht genommen; da aber auch unsere Direktion, wie kluge Leute, sich nach der Decke streckt und unser Repertoir mit entschiedener Berechtigung eine Art Personal-Union mit unserem Heldentenor einzugehen pflegt, so kam statt des „Holländers“ der Tribun Rienzi an die Reihe mit glücklichstem Erfolge gerade in der Titelrolle. Rienzi ist die erste größere Schöpfung Wagners, die von der Bühne herab ihn dem deutschen Volke bekannt gemacht hat. Sie ist in ihrer Stellung zu seinen übrigen Werken durch ihn selbst am besten charakterisirt worden; „die große Oper mit all' ihrer szenischen und musikalischen Pracht, ihrer effektreichen, musikalisch-massenhaften Leidenschaftlichkeit stand vor mir; sie nicht blos nachzuahmen, sondern mit rückhaltsloser Verschwendung nach allen ihren bisherigen Erscheinungen zu überbieten“ danach strebte damals der Ehrgeiz des Künstlers. Ueber Stoff und Gang der Handlung haben wir schon ausführlicher geschrieben. Rauschende Chöre und wuchtige Ensembles bilden den eigentlichen Kern, um ihn windet die einzelne musikalische Individualität, mit Ausnahme des Titelhelden, einen weniger hervorragenden mehr charakterisirenden als melodisch empfundenen und vertieften Kranz. Was zunächst herausleuchtet ist die volle musikalische Eigenart Wagners, die schon im Rienzi zum vollkommenen Typus sich gestaltet hat und fortlaufend mit seinen späteren Werken vergleichendes Material in reicher Menge liefert. Es ist derselbe schaffende Geist, der hier anklingen läßt, was später in „Tannhäuser“ und „Lohengrin“ voller und bewußter ausklingt. Wir erinnern unter Vielen nur an einzelne der Märsche, an Form und szenische Verwendung des Gesanges der Friedensboten und den späteren Pilgerchor u. s. w. Ueberall bereitet hier der beginnende ächte Wagner auf den kommenden ächteren vor. Namentlich der zweite Akt mit dem Gesange der Friedensboten, mit seiner prächtigen instrumentalen Einleitung, mit seinem Waffentanze, mit seinen beiden am Schlusse sich grandios überbietenden Ensembles bietet eine wahre Fülle großer musikalischer Szenen, einer mächtigen, gravitätischen Pomp, der allerdings „die bisherigen Erscheinungen dieser Art überbietet“. Es folgen in den weiteren Akten noch der prächtige Kriegsmarsch, Rienzi's Ansprache zu Pferde, die Schlachthymne und Rienzi's Gebet; aber immerhin kennzeichnen die beiden ersten Akte, namentlich aber der zweite, die Stimmung und wohlgemuthe Frische ihrer Entstehungszeit im Gegensatz zu dem etwas getrübten späteren Pariser Aufenthalt, der den Schluß der Oper brachte. Die Aufführung selbst war eine des Werkes durchaus würdige, in musikalischer Beziehung sehr ansprechende und im Uebrigen szenisch und dekorativ so reich und opferwillig ausgestattet, wie es ein voller Erfolg zwar bedingt, aber in diesem Maße immerhin nicht gerade voraussetzen ließ. Wir wissen nicht, ob ein die Kasse füllendes Publikum mit zum technischen Personal der Bühne zählt, so viel steht aber fest, daß die manifestirte Saumseligkeit des technischen Personals am Sonntag keine Spuren hinterließ, daß also die nachträgliche Direktive sehr willige und verständige Hilfe gefunden haben muß, die obere Regie muß demnach der obersten schon sehr in die Hände gearbeitet haben.

Von den Mitwirkenden (wir legen unserer Besprechung die gestrige, zweite Aufführung zu Grunde) muß und kann in allererster Reihe des Herrn Erdmann als Rienzi gedacht werden. Ihm verdankt ja zunächst die Oper die Aufnahme ins Repertoir, ihm verdankt sie aber auch vor Allem die warme Aufnahme beim Publikum. Nach allen Richtungen bot Erdmann Vorzügliches, in der vollen Beherrschung der rein musikalischen Partieen, in der flüssigen prägnanten Handhabung des Recitativs, in der echt dramatischen äußeren Gestaltung der Rolle und in der nicht zu unterschätzenden glänzenden Equipirung der eigenen Persönlichkeit; äußere Würde und Glanz reichten innerer musikalischer Befähigung die Hand, die schönsten Momente hoben sich auch am schönsten ab. Was aber noch eines besonderen Hinweises bedarf, das ist die physische Kraft, die trotz der unmittelbaren Wiederholung einer so anstrengenden Rolle nirgends die geringste Ermüdung durchblicken ließ. Bedeutende Wirkung erzielte zunächst Frl. Matthes, in jeder Beziehung die Führerin der Friedensboten, die namentlich durch den schönen Vortrag ihrer „Botschaft“ zu stürmischem Beifall hinriß. Frl. Schildert als Adriano (Wagner überträgt seinen Prinzipien untreu diesen etwas verschwommenen Charakter der weiblichen Stimme) war eine stattliche Erscheinung, die ihre selten zu recht melodischem Fluß gedeihende Rolle in einzelnen Szenen klangvoll und dramatisch belebt zu gestalten verstand; die seelenstarke Römerin Irene leidet noch mehr wie Adriano unter dem Mangel einschmeichelnder Melodik, in den verschiedenen Ensembles war der stimmliche Beitrag des Frl. Wally von schätzbarem Werthe. Die Parteiführer Colonna und Orsini sangen die Herren Sieglitz und Trapp, den päpstlichen Legaten Herr Lonek, die Bürger Baroncelli und Cecco Herr Grüning und Herr Grebe; sie lieferten theils im Streit der Parteien, theils in den breiter ausgesponnenen Ensembles schätzbares Stimmmaterial. Großes Verdienst haben sich diesmal die Chöre ersungen, sie bilden mit den Schwerpunkt der Oper und ihre so sorgsam zubereitete Antheilnahme verdient ganz besonderes Lob. Im Brennpunkt der eigentlichen ästhetischen Wirksamkeit stand aber wieder einmal Herr Musikdirektor Engel; was er aus dem Orchester geschaffen, um es der schwierigen Partitur dienstbar und so glücklich dienstbar zu machen, wird erst nachträglich im Zuhörer eindringlicher klar geworden sein; gewöhnlich schützt den Dirigenten die über seinen Kopf hinweg sich abspielende volle Handlung vor einer lauten Parteinahme für sein stilles Walten, uns mag es nachträglich an dieser Stelle vergönnt sein, den vollen Dank abzustatten. Reichen Dank verdient schließlich noch das sorgsame Walten derer, die der Szene den reichen äußeren Glanz verliehen, wir nennen als Hauptträger einer üppigen Entfaltung an Kostümen die Szene des zweiten und dritten Aktes, wo Wagner's Intentionen gemäß gestern das Möglichste möglich gemacht wurde. Hier darf mit vollstem Rechte wohl Herr Direktor Scherenberg als schon bewährter tüchtiger Organisator genannt werden, der mit reicher Erfahrung und ohne pekuniäre Skrupel waltete; die hübschen Evolutionen während des Waffentanzes (Frau Nerges), der stattliche Auftritt der Deputationen, der Glanz der Cavalcade, der Schlußeffekt der einstürzenden Halle, die schönen wirksamen Dekorationen (der öffentliche Platz in Rom dürfte aber doch wohl eher auf „Julius Cäsar“ berechnet sein), all' dies rechtfertigte vollkommen den lebhaften Beifall, der namentlich am Sonntag schließlich auch noch dem Direktor, als der höchsten Instanz für das Gespendete, zuertheilt wurde.

th.

so jedoch, daß für jede Gemeinde und jeden Gutsbezirk dieses Bereichs der Ernte-Ertrag gesondert nachgewiesen wird.

— Die betheiligten Behörden sind veranlaßt worden, Nachweisungen der in der Zeit vom 1. Oktober 1881 bis 31. Januar 1882 vorgekommenen **Auswanderungen** anzufertigen und demgemäß die Zahl der ausgewanderten Personen anzugeben.

— Wie der „Magd. Ztg." aus **Halle** gemeldet wird, ist der bisherige Bürgermeister **Staude** heute zum ersten Bürgermeister mit 23 gegen 19 Stimmen, welche auf den Regierungsrath Dr. **Kügler** in Posen fielen, gewählt worden.

— Eine mit der Geschichte Preußens zur Reaktionszeit eng verflochtene Persönlichkeit ist gestern Nachmittags in dem Geh. Regierungsrath Dr. jur. Wilhelm **Stieber** nach längerem Leiden aus dem Leben geschieden. Anno 1848 inmitten der revolutionären Bewegung stehend, hat er zu Gunsten seiner späteren Karrière alsbald nach Eintritt der Reaktionsperiode dieser seine Dienste in einer Weise geleistet, welche seinen Namen weit und breit bekannt gemacht hat.

§ **Eberswalde**, 30. Januar. Die Mitglieder der vereinigten liberalen Parteien des **Kreises Ober-Barnim** hielten gestern hier einen **Parteitag** und Fest, wozu die Vorstände auch die verschiedenen liberalen Parteien des Reichstags eingeladen hatten. Von der nationalliberalen Partei waren der Abg. Dr. Schläger, von der liberalen Vereinigung die Herren Rickert und Dr. A. Meyer und vom Fortschritt Dr. Hirsch delegirt. Eine zahlreiche Versammlung von Delegirten beschloß ein Komite niederzusetzen, welches mit den Gleichgesinnten in Nieder-Barnim eine Vereinbarung für die demnächstigen Wahlen zum Abgeordnetenhause unter **allen** Liberalen vorbereiten solle, ein Beschluß, der in der von vielen Hunderten besuchten Nachmittagsversammlung den allseitigsten Beifall fand. Sämmtliche erschienene Volksvertreter hielten, sowohl bei dem gemeinsamen Mittagsmahl als in den Versammlungen längere Ansprachen, die für die liberale Sache vielseitig Anregungen gegeben haben werden.

Italien.

[**Eine Note Mancini's über die Papstfrage,**] gerichtet an den italienischen Gesandten in **Berlin**, Grafen **Launay**, die offiziös dementirt wurde, ist jetzt im Wortlaute erschienen:

Sie resumirt den Gedanken der Papstfrage als eine **innere Angelegenheit Italiens**, betont die Nichtberechtigung fremder Einmischung und konstatirt, daß der deutsche Reichskanzler eine solche nicht plane, sondern daß die Papstfrage laut den Aeußerungen des Botschafters nur aus **parlamentarischen Beweggründen** in Berlin angeregt wurde. Sie giebt dagegen zu, daß Fürst **Bismarck eine verantwortliche Stellung des Papstes** anstrebe, **ohne Tangirung der italienischen Souveränetät**. Sie sagt ferner: Die Abreise des Papstes ins Ausland wäre eventuell das beste Bekenntniß des Papstes von der Nutzlosigkeit der weltlichen Macht. Ferner wird darin gemeldet, daß Fürst Bismarck vertraulich wegen der Skandale bei der Beisetzung der Leiche Pius IX., welche Mancini als übertrieben bezeichnet, reklamirte. Die Verfassung verbürge die Freiheit der Versammlung, jede Verfassungsverletzung sei gefahrvoll für die Monarchie. Italien könne das Bündniß mit Deutschland nicht durch Preisgebung seiner inneren Freiheit erkaufen, welche jede Regierung in Italien, welcher Partei sie auch angehöre, stürzen würde. Allianz und Freundschaft zwischen Italien und Deutschland könne, ganz unabhängig von inneren Staatseinrichtungen, nur möglich sein, wenn sie auf gegenseitigen Interessen basiren. Als Beispiel wird **Napoleons III.** Bündniß mit dem liberalen Piemont zitirt, welches allem reaktionären Ansinnen, hinsichtlich seiner inneren Politik, Napoleon stets widerstand, ohne deshalb das Bündniß zu kompromittiren. Die Note schließt mit der Weisung an den Botschafter Grafen **Launay**, sich bei den Besprechungen mit der deutschen Regierung nach den darin ausgesprochenen Anschauungen zu richten.

Rußland und Polen.

Petersburg, 29. Januar. [**Eine merkwürdige Rede Skobjelews. Der Gesundheitszustand des Zaren. Madame Adam und Herr Aksakow.**] Am 25. d., dem Jahrestage der Einnahme von Geok-Tepe, hielt der berühmte General Skobjelew bei einem Gastmahle eine Rede, welche von den „Nowoje Wremja" in russischer und der „**St. Petersburger Zeitung**" in deutscher Sprache veröffentlicht wird. Aus dieser Rede, die geeignet ist, das Interesse des Auslandes in Anspruch zu nehmen, geben wir die folgenden prägnanten Sätze:

General Skobjelew wies vor seiner Rede jeden Wein zurück und ließ sich ein Glas **Wasser** geben, damit jeder sähe, daß er **nüchternen** Geistes rede. Sodann pries er die urwüchsige Kraft des gewöhnlichen russischen Volkes, der er als kränkliche, feindliche Gegnerin die **Intelligenz**, den „Europäismus" entgegenstellte. Bisher habe in entscheidenden Momenten nie die Intelligenz, sondern die Urkraft des Volkes gesiegt. Vor Jahrhunderten habe das internationale Faustrecht geherrscht, dann kam die Zeit der Traktate, wo die höchste Staatsweisheit darin bestand, die Verträge der Form nach zu halten, in Geist und Wahrheit sie aber zu brechen. Dies sei der Eindruck, **den der Einfall in Schlesien noch heut hervorrufe**. Unserer Zeit aber sei es beschieden, die Erfahrung zu machen, daß der Stärkere gegenüber dem vermeintlich Schwächeren seine Politik auf „**Blut und Eisen**" basire. Es dürfe indeß nicht angenommen werden, daß diese Theorie des Triumphes der starken Ungerechtigkeit über das schwache Recht nur **einer** Nation eigenthümlich sei. Darum gelte es für jeden guten und echten Russen als patriotische Pflicht, sich nicht durch **Fremdlinge**, selbst wenn sie auch in Rußland **geboren** sind, die historischen und legitimen Ideale des Vaterlandes zerstören zu lassen. Sodann gedachte der General in warmen Worten **des Kampfes für Glauben und Nationalität, der jetzt an den Ufern des Adriatischen Meeres geführt wird** und endigte seine Rede folgendermaßen: „So lange wir solche Offiziere haben (wie bei Geoktepe), können wir jeder auch **noch so hochgebildeten** feindlichen Armee kühn ins Antlitz schauen."

Obgleich der General Skobjelew nur die Ansicht der meisten Russen ausgesprochen, so wird ihm das dennoch von der russischen Presse übel genommen, daß er so aus der Schule geplaudert. Auch in den maßgebenden Kreisen scheint die Rede sehr unangenehm berührt zu haben, da, wie es heißt, der General seinen ihm schon — früher — bewilligten Urlaub antreten und ins Ausland abreisen werde. — Der Gesundheitszustand des Kaisers, der durch seine Anlage zur Melancholie an **Alexander I.** erinnert, soll eine ärztliche Fürsorge nöthig machen. In Hofkreisen wird erzählt:

Der Kaiser hacke in Gatschina jetzt täglich in einem besonders für ihn eingerichteten Holzhofe 1 bis 1½ Stunden Holz. Er erscheine dazu, begleitet von dem kleinen Thronfolger, in russischem Nationalkostüm, rothem Hemde, weiten Hosen in hohen Stiefeln, Halbpelz und das betreffende Handbeil (wie es der russische Arbeiter trägt) unmittelbar über den Hüften in den Gurt gesteckt, der den Halbpelz zusammenhält. Gleich ihm ist der kleine Thronfolger kostümirt. Die ebenso bissige als pessimistische Petersburger „Gesellschaft" bemerkt dazu: „Während der Czar Holz hackt — dreschen seine Minister leeres Stroh!"

Die „**Nowoje Wremja**" berichten über ein Gespräch, welches Madame **Adam** daselbst mit Herrn **Aksakow** gehabt hat:

Herr Aksakow erklärte der Französin den tiefen Unterschied zwischen König und Zar. „Ihr König hielt es für seine Devise, le premier gentilhomme zu sein, rühmte sich dieses Titels, und gerade dieser Titel „entkronte" ihn in dem Begriff der Volksmasse . . . . . Der Zar ist eine Persönlichkeit ohne sozialen Stand; er ist das persönliche Band zwischen Volk und „Herren", der Beschützer der Herren, der Vertheidiger und Advokat des Volkes. In Frankreich war der Uebergang zur Konstitution eine Beschränkung der Rechte des Adelshauptes, in Rußland wäre eine Konstitution eine Einschränkung der Macht des Volksvertheidigers, würde gegen das Volk gerichtet sein und könnte einen Protest des Volkes veranlassen . . ." Madame Adam hörte mit großem Interesse diese ihr neue Auffassung und Erscheinung in der Weltgeschichte. In dem weiteren Gespräch über Konstitution äußerte Madame Adam Besorgniß, daß das scrutin de liste, das geliebte Kind **Gambetta's**, den schon merklich gesteigerten Zusammenhang zwischen Regierung und Volk erschweren und wieder abschwächen könne. Madame Adam lobte weiterhin die Frauen-Erziehung in Rußland: Rußland sei darin ganz Europa voraus, machte indessen die Bemerkung, daß eine übertriebene Bildung etwas Gewaltthätiges und Gekünsteltes habe. Am Schluß der zweistündigen Unterhaltung äußerte Herr Aksakow: „**Wenn Ihr mit Deutschland Krieg führen werdet, so gebt den Deutschen nur nicht Zeit, Euer Land zu betreten**; greift unbedingt an, und der Sieg wird Euer sein. Zwischen uns Beiden ist ein großer Unterschied. Wir werden jeden Feind empfangen, wie wir Napoleon empfingen: wir selbst stecken Alles auf seinem Wege an und vernichten ihn dann — unsere hölzernen Städte thun uns nicht leid; aber bei Euch und bei den Deutschen kommt es für den Feind nur darauf an, an die Stadt heranzurücken, die Kanonen zu zeigen und — die Schlüssel liegen schon bereit."

[**Ueber den Prozeß gegen die Unruhestifter**] wird aus **Warschau** dem „**Berliner Tageblatt**" Folgendes geschrieben:

Vor den Friedensrichtern werden täglich die Verhandlungen gegen die Ruhestörer vom 25., 26. und 27. Dezember fortgesetzt. Die Verurtheilungen überschreiten in den seltensten Fällen jenes lächerliche Strafmaß von 1—10 Rubeln oder einigen Tagen Haft, dessen ich schon erwähnte. Nur zwei Ausnahmefälle sind erwähnungswerth, welche gleichzeitig beweisen, daß nicht nur unreife Buben an dem Treiben betheiligt waren. So wurde vom Friedensrichter ein Kommissar, welcher bei der Demolirung eines Ladens mithalf, zu fünfzehn Rubel **oder** drei Wochen Gefängniß verurtheilt, „weil er ein intelligenter Mann sei". Derselbe Richter verurtheilte den Besitzer eines Schreibwaarengeschäftes, der in der Krakauerstadt am Tumulte Theil genommen, zu 100 Rubeln oder einen Monat Gefängniß, weil der Angeklagte „den besseren Ständen angehöre." — Von glaubwürdigster Seite höre ich, daß einer unserer höchsten Polizeibeamten einem Mitgliede des hiesigen israelitischen Gemeindevorstandes die Versicherung gab, daß die Judenkrawalle sich wiederholen würden. Das Vorstandsmitglied antworte darauf: „Aber im vergangenen Sommer versicherten Sie mir doch, daß ein Judenkrawall bei uns unmöglich sei und nun haben wir ihn dennoch erlebt." Höherer Polizeibeamter. „Ja das war etwas Anderes. Diesmal war es **Regierungspolitik** gegenüber den Polen." Erstaunt fragte das Vorstandsmitglied: „Also wegen einer solchen **Politik** können Tausende unschuldiger Menschen der Noth und dem Unglück preisgegeben werden!?" Der Polizeibeamte erwiderte darauf kühl: „Werden nicht auch in der Schlacht auf dem Kriegsfelde Tausende Unschuldiger das Opfer einer Politik?!"

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 31. Januar. Das „Journal officiel" veröffentli das neue Ministerium in der bekannten Zusammensetzung.

(Wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung".

↗ **Berlin**, 31. Januar, Abends 7 Uhr.

Das **Abgeordnetenhaus** setzte die Generaldiskussion über den Etat fort.

Zedlitz-Neukirch bekämpft die gestrigen Ausführungen Richters, der behaupteten schlechten Finanzlage widerspreche der Steuererlaß; besondere Bedürfnisse seien stets durch neben dem Etat herlaufende Anleihen gedeckt worden.

Rickert hebt hervor, die behauptete Besserung der Verhältnisse wäre auch ohne den Zolltarif eingetreten; nicht die Verstaatlichung, sondern die Verkehrssteigerung, habe die Bahneinnahmen gesteigert. Das strenge Vorgehen Maybachs gegen die Beamten schädige die Disziplin; die Liberalen würden die Beamten gegen die Verletzung ihrer Rechte schützen.

Der **Finanzminister** weist die Behauptung Rickerts zurück, daß im vorliegenden Etat ungemessene Versprechungen enthalten seien. Die Steuerreformgesetze seien bearbeitet und soweit es das Finanzministerium angehe, vollständig. Das Staatsministerium habe von der Einbringung abgesehen. Die Finanz-

Die internationale Polarforschung.

Von A. **Woldt**.

(Aus der „Magdeb. Ztg.")

(Fortsetzung.)

Was die Betheiligung Schwedens betrifft, so hatte Dr. A. **Wijkander**, der Delegirte der schwedischen Akademie der Wissenschaften, bereits im November 1880 dem Präsidenten **Wild** melden können, daß die Theilnahme dieses Landes an der internationalen Untersuchung, der arktischen Regionen dadurch gesichert sei, daß am Jahrestage der Vereinigung Schwedens-Norwegens, d. h. am 4. November 1881 der Kaufmann L. O. **Smith** in Stockholm **die erforderlichen Mittel dazu der** Akademie der Wissenschaften **zur Verfügung gestellt hat**, um eine **Station auf Spitzbergen** zu begründen. Herr **Wijkander** fügte auf dem petersburger Kongresse hinzu, daß die königlich schwedische Regierung die Transportmittel für die Hin- und Rückfahrt in Aussicht gestellt habe. Schweden wird also an den Polarexpeditionen dadurch Theil nehmen, daß es während des Sommers 1882 eine Station in Spitzbergen errichtet, welche daselbst bis zum August 1883 verbleiben wird. Der zu wählende Punkt wird wahrscheinlich **Polhem in der Mosselbay** sein. Herr Kapitän Malmberg, Direktor des nautisch-meteorologischen Bureau's, ist als Chef der Expedition designirt. Das wissenschaftliche Personal ist ebenfalls bereits ausgewählt, die magnetischen Instrumente sind zum Theil bei Edelmann in München, zum Theil in Kew bestellt. Was die anderen Instrumente und Vorbereitungen betrifft, so hat man für bezügliche Entscheidungen die Beschlüsse der Konferenz abwarten wollen.

Hierzu fügten die beiden schwedischen Professoren Baron A. E. v. **Nordenskjöld** und Herr **Lemström**, welche an den Verhandlungen der Polarkonferenz als Gäste Theil nahmen, die Erklärung hinzu, daß sie in Anbetracht der umfassenden Reorganisation, der sowohl die meteorologische Zentralanstalt wie auch die übrigen Stationen in Finnland gegenwärtig unterliegen, es sehr wünschenswerth gefunden hätten, genauere Bekanntschaft mit der Organisation der eventuellen polaren Stationen zu machen und daß sie die Hoffnung hegen, es werde sich **Finnland** auch noch an diesen Forschungen betheiligen.

Herr Brigadegeneral **Hazen**, Chef des „**Signal-Office" in Washington**, hatte seine Theilnahme an der petersburger Konferenz zugesagt, durch ein zufälliges Hinderniß war indessen seine rechtzeitige Abreise unmöglich geworden. Er hatte aber bereits am 12. März 1881 an Herrn Präsident **Wild** nach Petersburg geschrieben, daß die **Vereinigten Staaten** zwei Stationen an der Nordküste ihres Kontinents besetzen würden, nämlich **Point Barrow** (Nordspitze der Halbinsel Alaska und die **Lady Franklin Bay**.)

Außerdem war von Herrn **Robert H. Scott** in London ein Telegramm eingegangen, in welchem derselbe die begründete Hoffnung aussprach, daß **Kanada Fort Simpson** als internationale polare Station besetzen werde, eine Nachricht, durch welche die bereits früher schriftlich gegebene Zusicherung des Chef des Meteorological Office in Torento, Herrn **Carpmael**, daß die Mitwirkung der bestehenden Stationen in Kanada durch **simultane** Beobachtungen stattfinden werde, erweitert wurde.

Ebenso hatte Herr Dr. **Schering** in Göttingen durch ein Schreiben vom 30. Juli 1881 die **Betheiligung des magnetischen Observatoriums in Göttingen** an den magnetischen **Termins**beobachtungen der Polarstationen (magnetische Ablesungen der magnetischen Deklination, Inklination und Horizontal-Intensität von 5 zu 5 Minuten am 1. und 15. jeden Monats von Mitternacht zu Mitternacht nach **Göttinger Zeit**) in Aussicht gestellt.

Somit konnte die dritte Polar-Konferenz in Petersburg mit großer Genugthuung auf das begonnene große Werk blicken. Die Amerikaner hatten sogar bereits vor Beginn des Kongresses, wie das Juliheft der von Dr. **Behm** redigirten „**Geographischen Mittheilungen**" (1881) meldete, den Anfang gemacht. Um das verloren gegangene Schiff „Jeannete", dessen Katastrophe erst vor wenigen Woche theilweise Aufklärung gefunden hat, zu suchen, hatte u. A. auch die unter Lieutenant A. **Greely** stehende Expedition der Signaloffiziere die Erlaubniß erhalten, da möglicher Weise die „Jeanette" nach den Parry-Inseln oder deren Nachbarschaft verschlagen wäre, auf Schlittenfahrten oder sonst wie Nachforschungen nach dem Schiffe anzustellen. Dies war jedoch nur eine Nebenaufgabe dieser Expedition, für welche der Kongreß 25,000 Dollars ausgesetzt hatte, um im Sinne des Weyprecht'schen Planes eine meteorologische und physikalische Beobachtungsstation in der **Lady Franklin-Bay** zu errichten und mehrere Jahre hindurch zu erhalten. Die Lady Franklin-Bay ist ein langgestreckter Meeresarm, der sich von dem Robeson Channel etwa unter 81 Gr. 40′ n. Br. südwestwärts in das Grant- und Grinnell-Land hineinzieht. Somit wird diese Polarstation von allen die nördlichste sein. Lieutenant Greely, der 12 Jahre in der Signaloffize thätig war und mit den betreffenden Beobachtungen vertraut ist, leitet das Unternehmen unter Assistenz von Lieutenant F. F. Kislingburg und Lieutenant Lockwood. Außerdem begleiteten ihn einige Naturforscher und Aerzte, darunter Dr. Pavy, der seit etwa einem Jahre zu Disco in Grönland verweilt, ein Photograph und 21 Sergeanten, Korporale und gemeine Soldaten, die zum Tleil als Beobachter in der Signal-Offize beschäftigt waren. Der Dampfer „Proteus", der am 7. Juli 1881 von St Johns in New-Fundland auslief, nahm die Expedition an Bord, um sie an Ort und Stelle zu bringen. Alljährlich beabsichtigt die Regierung, ein Schiff mit frischen Vorräthen nach der „Kolonie" zu entsenden. Die Pläne der Amerikaner gehen noch weiter. Falls es gelingt, im Spätsommer und Herbst 1881 die Station in Lady Franklin-Bay einzurichten, und wenn der erste lange Winter überstanden ist, **will man ein oder zwei Grad weiter nordwärts eine andere Station anzulegen suchen**, wo der zweite und dritte Winter zugebracht werden soll: **den Sommer 1883 aber hofft man u. A. zu einer möglichst weit ausgedehnten Expedition gegen Norden benutzen zu können.** Für diese Land- und Eisreise hat Dr. Pavy in Grönland die Vorbereitungen getroffen; sie hat den Zweck, **neue Entdeckungen über die Arbeiten** der nördlichsten jemals gemachten Reise, **der Expedition unter Kapitän Nares, hinaus** zu ermöglichen, die Wasserverbindung gegen die Beringstraße hin zu verfolgen, das Nordende von Grönland zu ermitteln oder auch **dem Nordpol möglichst nahe** zu kommen, so daß den astronomischen, meteorologischen und physikalischen Aufgaben auch topographische zur Seite stehen. Am Ende des dritten Jahres, im Sommer 1884, hoffen die Mitglieder der „Kolonie" von einem Regierungsschiff glücklich wieder nach der Heimath zurückgebracht zu werden.

(Fortsetzung folgt.)

lage des laufenden Jahres könne als im Großen und Ganzen günstig bezeichnet werden.

Der Minister Maybach hofft nach Ablauf der jetzigen Uebergangszeit noch größere Einnahmen aus den Bahnen zu erzielen. Das Petitionsrecht der Beamten wolle er nicht beschränken, die Ausübung des Rechts müsse aber in einer der Disziplin entsprechenden Form erfolgen. Zur Wahrung der Interessen der Beamten bedürfe es keines Ansporns von anderer Seite; der einzige Maßstab für ihn sei, das Gedeihen des Landes nach allen Richtungen hin zu fördern.

Benda beantragt, einzelne Etatstheile, darunter das Extraordinarium für den Eisenbahnetat, an die Budgetkommission zu verweisen und letztere für den Eisenbahnetat um 7 Mitglieder zu verstärken. Das Haus nahm den Antrag an.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Soeben erschien im Verlage von Eduard Heinrich Mayer in Köln die Vierte Lieferung des neuen Werkes von E. F Theodor Moldenhauer: Das Weltall und seine Entwickelung. Darlegung der neuesten Ergebnisse der kosmologischen Forschung. Das Werk erscheint in 18 Lieferungen (2 Bänden) à 80 Pfg. — Der Inhalt der 4. Lieferung behandelt die Erde (Fortsetzung): Wanderung durch die Formationen. Seltsame Zustände während des Diluviums. Der vorgeschichtliche Mensch. Vulkanische Erscheinungen der Vorzeit und der Jetztzeit. Der Zustand des Erdinnern. Die Sonne: Ist der Sonnendurchmesser Schwankungen unterworfen? Die Helligkeitsunterschiede auf der Sonnenoberfläche. Die Drehung der Sonne. Sonnenflecke und Sonnenfackeln. Eigenthümlichkeiten der Flecke. Die Theorie vom dunklen Sonnenkörper. Gluthzustand der Sonne. Verbrennungsprozeß in der Sonnenatmosphäre. Die Eruptionsphänomene am Sonnenrande.

Locales und Provinzielles.

Posen, 31. Januar.

† **Aus dem städtischen Verwaltungsbericht** für das Jahr 1881 haben wir schon die interessanten statistischen Notizen über Eheschließungen, Geburten ꝛc. gegeben; heute lassen wir nun das Wichtigste aus den dortigen Zusammenstellungen über die Posener Gewerbeverhältnisse folgen. Die Zahl der gewerbesteuerpflichtigen Gewerbetreibenden beträgt nach der Gewerbesteuerrolle pro 1881—82: 1) Kaufleute, Händler, Brauer, Fleischer, Bäcker, Müller ꝛc. in Klasse A. I.: 71 (gegen 70 des Vorjahres), in Klasse A. II.: 806 (gegen 817 des Vorjahres), in Klasse B. I.: 1042 (gegen 1052 des Vorjahres); 2) Kleinhändler mit geistigen Getränken in Klasse B. II.: 25 (gegen 3 des Vorjahres); 3) Gast-, Speise-, Schankwirthe und Konditoren in Klasse C.: 295 (gegen 303 des Vorjahres); 4) Handwerker in Klasse H.: 443 (gegen 460 des Vorjahres); 5) Schiffer und Fuhrleute 220 (gegen 223 des Vorjahres). Die Gesammtzahl der gewerbesteuerpflichtigen Gewerbetreibenden beziffert sich demnach pro 1881/82 auf 2902 (gegen 2928 des Vorjahres). — Steuerfreie Händler sind in der Rolle für 1881—82 41 verzeichnet, ebensoviele wie für das Vorjahr; ferner sind in der Rolle pro 1881—82 32 steuerfreie Schiffsgefäße verzeichnet. Die Zahl der übrigen steuerfreien Gewerbetreibenden kann nicht genau angegeben werden, weil die diesbezüglichen Anmeldungen trotz der bestehenden Strafbestimmungen nicht immer bewirkt werden und auch die Abmeldungen nur in sehr seltenen Fällen geschehen. Zur Anmeldung sind gekommen im laufenden Verwaltungsjahre 26, im Laufe des vergangenen Wirthschaftsjahres 47 steuerfreie Gewerbetreibende; hiervon sind im laufenden wie auch im vorhergehenden Wirhschaftsjahre je 2 steuerfreie Gewerbetreibende abgemeldet worden. Steuerfreie Genossenschaften waren im Jahre 1880—81 5 vorhanden, der Stand derselben ist jetzt noch der gleiche. — Nach der letzten Volkszählung hat die Stadt Posen 65,289 Einwohner; es kommt demnach auf 221 Köpfe eine Gast- resp. Schankwirthschaft. — Gewerbesteuer-Untersuchungen haben im Jahre 1880—81 43 geschwebt, von denen 22 noch nicht endgiltig entschieden sind: im laufenden Steuerjahre sind bis jetzt 34 Gewerbesteuer-Prozesse eingeleitet, davon 13 bereits entschieden. — Das Gewerbesteuerveranlagungssoll beträgt pro 1881—82: in Klasse A. I. 15,804 M. (gegen 15,624 M. des Vorjahrs); in Klasse A. II. 39,144 M. (gegen 39,300 M. des Vorjahres); in Klasse B. I. 18,672 M. (gegen 18,888 M. des Vorjahres); in Klasse B. II. 450 M. (gegen 54 M. des Vorjahres); in Klasse C. 10,620 M. (gegen 10,872 M. des Vorjahres); in Klasse H. 7995 M. (gegen 8172 M. des Vorjahres); Klasse K. 3768 M. (gegen 3501 M. des Vorjahres). Das gesammte Veranlagungssoll beziffert sich also pro 1881—82 auf 96,453 M. (gegen 96,411 M. des Vorjahres). — Von den im laufenden Wirthschaftsjahre eingegangenen 91 Gewerbesteuer-Reklamationen, deren Zahl im Jahre 1880—81 102 betrug, wurden 38 (5 mehr als 1880—81) berücksichtigt, die übrigen wurden zurückgewiesen. — Die eingereichten Gewerbesteuer-Rekurse für das laufende Jahr 1881—82 liegen zur Zeit noch dem königl. Finanzministerium zur Entscheidung vor. Im Jahre 1880—81 wurden von 11 Rekursen 5 berücksichtigt, 6 zurückgewiesen. — An Steuer vom Wanderlagerbetriebe sind im laufenden Jahre bis jetzt 40 M. aufgekommen: im Jahre 1880—81 nichts.

— **Dem landwirthschaftlichen Provinzialverein für Posen** ist von dem Herrn Oberpräsidenten die Genehmigung ertheilt worden, am 21. Februar d. J. in hiesiger Stadt einen Markt für land- und forstwirthschaftliche Sämereien zu veranstalten. Geschäftsführer dieses Marktes ist der Oekonomierath Professor Dr. Peters.

— **Aufschub einer Versetzung.** Wie uns aus Kiel geschrieben wird, hat der nach Posen versetzte Regierungssekretär Hamfeld aus Schleswig von dem Herrn Ressortminister einen Aufschub bis zum 1. April d. J. erhalten. Dies bewahrheitet sich auch, da der Regierungs-Sekretariats-Assistent Schneider von hier erst vom 1. April d. J. ab, nach Schleswig versetzt ist.

— **Konzert.** Zum Besten der hiesigen evang. Diakonissenanstalt wird am Montag, den 13. Februar, im Lambertschen Saale hierselbst ein Instrumental- und Vokal-Konzert stattfinden, unter Mitwirkung bewährter musikalischer Kräfte. In demselben werden Mozarts Quintett in G-moll, Schuberts Forellen-Quintett für Klavier und Streichinstrumente, sowie verschiedene Gesangs-Piecen und ein Klavier-Solo zum Vortrag gelangen. Dieses Programm Hand in Hand mit dem wohlthätigen Zwecke wird hoffentlich dem Konzerte einen zahlreichen Besuch sichern.

r. **Graf Wrschowitz**, der bekannte Quellenfinder, ist gestern aus Schweidnitz hier eingetroffen. (Wiederholt.)

r. **Beim hiesigen königlichen Standesamte** wurden im Jahre 1881 angemeldet 2286 Geburten (gegen 2379 im Vorjahr), 85 Todtgeburten (gegen 71 im Vorjahr), 2047 Sterbefälle (gegen 1876 im Vorjahr), 501 Heirathen (gegen 517) im Vorjahr. Es war danach also die Anzahl der Geburten im Vergleich gegen das Vorjahr um 93 geringer, die Anzahl der Todesfälle dagegen um 171 größer, so daß demnach, wenn nicht ein andauernder Zuzug von außerhalb stattfände, die Einwohnerzahl unserer Stadt um 264 hätte abnehmen müssen. Daß auch im laufenden Jahre die Anzahl der Geburten im Vergleich gegen 1881 sich verringern wird, läßt sich mit Wahrscheinlichkeit aus der Anzahl der verminderten Heirathen i. J. 1881 (16 weniger als im Vorjahre) schließen. Es scheint, daß diese Verminderung der Heirathen als eine Folge der verschlechterten Erwerbsverhältnisse und der immer größer werdenden Schwierigkeiten, eine Familie zu unterhalten, betrachtet werden kann. (Wiederholt.)

r. **Der Handwerkerverein** hielt am 30. d. M. unter starker Betheiligung seine Generalversammlung ab, nachdem am 27. d. M. bereits eine Vorversammlung abgehalten worden war. Sekretär Fontane, der stellvertretende Vorsitzende, eröffnete die Generalversammlung, und wurde durch Akklamation zum Vorsitzenden derselben gewählt. Nach Bildung des Bureaus gab der Vorsitzende zu dem gedruckten Jahresberichte pro 1881 einige Erläuterungen; er bat die Handwerksmeister, der ins Leben gerufenen Fortbildungsschule des Vereins ihr dauerndes Interesse zuzuwenden, was sodann auf die bedauerliche längere Erkrankung des Vorsitzenden, Redakteurs C. Röstel, hier, welcher den Wunsch ausgesprochen habe, zum Vorsitzenden nicht wieder gewählt zu werden, aber wohl eine Wahl in den Vorstand annehmen würde, und forderte alsdann die Versammlung auf, dem Redakteur C. Röstel ihren Dank für die bisherige Leitung des Vereins durch Erheben von den Sitzen zu erweisen, was auch geschah. Dem Jahresberichte entnehmen wir Folgendes: Der Verein hat in dem verflossenen Jahre eine rege und vielseitige Thätigkeit entwickelt und die lebendige Theilnahme der Mitglieder an den Versammlungen, das Interesse, welches den Bestrebungen des Vereins auch in weiteren Kreisen zugewendet worden ist, lassen mit Zuversicht erwarten, daß den Bemühungen für das Volksbildungswesen und insbesondere für die Hebung und Förderung des Handwerkerstandes auch fernerhin der Erfolg nicht fehlen wird. Die erste Ausstellung von Lehrlingsarbeiten in der Stadt Posen, zu welcher der Handwerkerverein die Anregung gegeben, hat in der Zeit vom 17. bis 24. April 1881 unter allseitiger reger Theilnahme stattgefunden und kann als eine auch die weitgehendste Erwartungen befriedigende bezeichnet werden. Zur Hebung und Förderung des Lehrlingswesens wurde nach Schließung der auf Anregung des Vereins i. J. 1873 begründeten städtischen Fortbildungsschule (1. April 1881) der Beschluß gefaßt, aus eigener Initiative eine fakultative Fortbildungsschule ins Leben zu rufen. Der Magistrat bewilligte dazu die unentgeltliche Benutzung zweier Klassenzimmer der städtischen Mittelschule, sowie die Benutzung der von der städtischen Fortbildungsschule verbliebenen Unterrichtsmittel; 5 Mitglieder des Vereins und ein demselben nicht angehörender städtischen Lehrer erklärten sich bereit, den Unterricht in der Schule ohne Aussicht auf Entschädigung zu übernehmen; eine Sammlung freiwilliger Beiträge zur Bildung eines kleinen Fonds für die Schule lieferte einen über Erwarten reichen Betrag, und so wurde es ermöglicht, schon am 1. November die Schule mit 56 Schülern zu eröffnen. Das von dem Vorstande gewählte Kuratorium für die Leitung der Fortbildungsschule besteht aus dem jedesmaligen Vorsitzenden des Vereins und den Herren: Gewerberath Hägermann, Mechanikus Förster, Mittelschullehrer Gräter und Tischlermeister Bittmann. Die Ergebnisse der Schule können für die kurze Zeit ihres Bestehens als recht erfreuliche bezeichnet werden. Auch auf dem Gebiete der Ferienkolonien ist es dem Vereine gelungen, eine wirksame Anregung zu geben, indem sich in Folge eines im November v. J. über diesen Gegenstand im Vereine gehaltenen Vortrages ein Komite zur Einrichtung solcher Kolonien bildete, und es ist gegründete Aussicht vorhanden, daß diese Bestrebungen von günstigem Erfolge begleitet sein werden. — Die Anzahl der Mitglieder hat sich von 218 am Schlusse des Jahres 1880 auf 246 (davon 3 Ehrenmitglieder) am Schlusse des Jahres 1881 gehoben; es sind 55 neue Mitglieder aufgenommen worden, dagegen 30 theils durch Austrittserklärung, Tod und Versetzung ausgeschieden. Von den 243 ordentlichen Mitgliedern sind 92 Handwerker, 66 Kaufleute, 39 Beamte, 10 Lehrer ꝛc. Gegenwärtig zählt der Verein bereits 260 Mitglieder. Der in der Generalversammlung am 31. Januar 1881 gewählte Vorstand konstituirte sich in der Weise, daß Redakteur Röstel zum ersten Vorsitzenden, Sekretär Fontane zum ersten, Thierarzt Herzberg zum zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden, Kriminalkommissarius Mißbach zum Schriftführer, Musiklehrer Sprittulla zum Rendanten, Mittelschullehrer Gräter zum Kontrolleur gewählt wurde; 3 Mitglieder wurden in die Kassenkommission, 5 in die Bibliothekkommission, 6 in die Vergnügungskommission gewählt. In Folge schwerer Erkrankung des Vorsitzenden übernahm der erste Stellvertreter desselben im März 1881 den Vorsitz und hat denselben bis jetzt geführt. Einen schmerzlichen Verlust erlitt der Verein durch den am 1. Dezember v. J. erfolgten Tod des langjährigen Vereins-Rendanten Herrn Sprittulla. An Stelle des Verstorbenen übernahm Herr Kriminalkommissarius Mißbach die Geschäfte des Vereins-Rendanten, und Herr Sekretär Schaller die Geschäfte des Schriftführers. Die dem Vorstande obliegenden Geschäfte wurden in 16 Sitzungen erledigt. — Es wurden 19 Vorträge gehalten, und zwar von den Herren: Landgerichtsrath Czwalina, Redakteur Dr. Hörner, Redakteur Lange (Dresden), Rektor Herzberg, Sekretär Fontane, Landgerichtsrath Brown, Wanderlehrer Wislicenus, Eisenbahnbetriebs-Inspektor Jacobi, Mechanikus Förster, Dr. med. Landsberger, Mittelschullehrer Meyer, Dr. Breslauer (Lissa), Regierungs-Supernumerar Birkholz, Mechanikus Förster, Chefredakteur Bauer, Rektor Freyer, Mittelschul-Lehrer Gräter, Sekretär Fontane, Stadt-Baurath Grüder. Außer den 19 Vorträgen fanden an 10 Abenden freie Besprechungen über wissenschaftliche und technische Fragen und Vereins-Angelegenheiten statt. — Die Bibliothek, welche um Bücher im Betrage von 120 M., sowie um eine Anzahl von geschenkten Büchern vermehrt worden ist, erfreute sich einer sehr starken Benutzung, die überhaupt binnen 2 Jahren um 83 pCt. gewachsen ist; 124 Mitglieder (34 mehr als im Vorjahre) haben 1618 Bände gelesen, von denen die meisten 1125 belletristischen Inhalts oder Zeitschriften (367) waren. — Von Vergnügungen fanden drei statt: Stiftungsfest (5. März), Sommerfest (26. Juni), Tanzkränzchen (31. Oktober). — Was die Kassenverhältnisse betrifft, so betrug die Einnahme 5347 M., die Ausgabe 1620 M., so daß somit ein Bestand von 3727 M. verblieben ist; davon gehören dem Baufonds 3659 M., dem Fonds der Pfandgelder 42 M., Ueberschuß 26 M. Der Dispositionsfonds ist gebildet aus folgenden Einnahmen: Ueberschuß am 1. Januar 1881: 122 M., Beiträge und Aufnahmegelder 1469 M., Zinsen 6 M., Extraordinarium 49 M. Der Baufonds ist an Zinsen um 174 M. gewachsen. Die Ausgaben vertheilen sich auf: Vorträge 296 M., Bibliothek 146 M., Botenlohn 180 M., Drucksachen 56 M, Inserate 304 M., Saalmiethe 275 M., Verbandsbeitrag 30 M., Prämienbeitrag für die städtische Fortbildungsschule 30 M., Vergnügen 213 M., Extraordinaria 90 M. Für die am 1. November 1881 eröffnete Fortbildungsschule des Vereins ist eine besondere Kasse gebildet worden, welche bis Ende 1881 eine Einnahme von 323 M. hatte; davon waren verausgabt 35 M., so daß pro 1882 ein Bestand von 288 M. verblieben ist. — Nach diesem Rechenschaftsberichte erstattete Kaufmann Kirsten im Namen der Revisionskommission Bericht und beantragte Ertheilung der Decharge, die auch gewährt wurde. Ferner beschloß die Versammlung, es dem neu zu wählenden Vorstande zu überlassen, ob die Belegung des Baufonds, wie bisher, bei dem Posener Kreditverein zu belassen sei. — Der Etat pro 1882 wurde alsdann in folgender Weise festgesetzt: Einnahme: Beiträge 1440 M., Aufnahmegelder 40 M., bei Vorträgen und aus anderen Quellen 70 M. Beim Baufonds 183 M. an Zinsen. Ausgabe: 183 M. an den Baufonds, für Vorträge 300 M., für die Bibliothek 150 M., Botenlohn 180 M., Drucksachen 50 M., Inserate 200 M., Reisekosten für Delegirte 50 M., Beiträge zur Verbandskasse 30 M., Prämien und Kosten für die Fortbildungsschule M., Vergnügen 200 M., Extraordinaria 70 M. Einnahme und Ausgabe balanziren danach mit 1733 M. — Es wurde hierauf zur Vorstandswahl geschritten. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig Sekretär Fontane gewählt, welcher die Wahl annahm. Zu Vorstandsmitgliedern wurden ferner gewählt: Redakteur Röstel, Schriftsetzer Tietze, Mittelschullehrer Gräter, Sekretär Schaller, Kriminal-Kommissarius Mißbach, Sekretär Schäfer, Mechanikus Förster, Goldarbeiter Schröder, Stadtbaurath Grüder, Gewerberath Hägermann, Tapezier Engelmann, Schuhmachermeister Fliegner, Klempnermeister Schütz. Zu Mitgliedern der Revisionskommission wurden wiedergewählt: Kaufmann Kirsten, Brunnen- und Röhrenmeister Vollhase, Kaufmann Alport. — Schließlich wurde folgender neuer Statuten-Paragraph (§ 5) angenommen: Die Einführung von hiesigen Gästen durch Vereinsmitglieder in den gewöhnlichen Versammlungen ist nur gegen Entrée, in den geselligen Versammlungen jedoch garnicht gestattet. Mitglieder, welche dieser Bestimmung zuwider handeln, werden im ersten Falle in eine Geldstrafe von 3 Mark genommen; zahlen sie die Strafe nicht, so sind sie aus dem Vereine ausgeschlossen; bei wiederholter Zuwiderhandlung kann der Vorstand die Exklusion des betreffenden Mitgliedes schließen. — Damit erreichte die Versammlung nach 3½stündiger Dauer ihr Ende.

— **Das Kloster Czenstochau,** der größte Wallfahrtsort der polnischen Katholiken, begeht am 8. September das Jubiläum seines 500jährigen Bestehens. Wie polnische Blätter melden, haben eine Anzahl polnischer Bischöfe sowie auch einige Würdenträger aus Rom ihre Theilnahme an jener Festlichkeit in Aussicht gestellt.

r. **Von der A. Kratochwill'schen Konkursmasse** wurden heute Vormittags 11 Uhr die nach der neulichen Versteigerung noch vorhandenen: 1 Paar Zugpferde (Rappen), 1 Schimmel, Pferdegeschirre, Doppelkalesche, Halbverdeckwagen ꝛc. durch den Konkursverwalter Herrn Manheimer versteigert. Es wurden erstanden: 1 Paar Rappen für 1050 M. vom Rittergutsbesitzer v. Łącki-Posadowo, die Doppelkalesche für 710 M. vom Rittergutsbesitzer Sander-Tarnowo, 1 Paar mit Neusilber beschlagene Pferdegeschirre für 210 M. von ebendemselben, der Halbverdeckwagen für 475 M. vom hiesigen Thierarzt Herzberg, eine Britschke für 196 M., ein Schlitten für 123 M., ein Schimmel für 157 M. — Andere Mobilien, wie die Feuerspritze der aufgelösten Kratochwill'schen Feuerwehr, Säcke ꝛc., kommen erst nach dem 11. d. M. zur Versteigerung.

— **Straußabend.** Morgen Mittwoch, den 1. Februar, findet in Lamberts Konzertsaal ein Straußabend statt, an welchem nur Piecen von Joh. Strauß zur Aufführung kommen. Das Programm ist ein sehr reichhaltiges und bietet viel Abwechslung.

r. **Der kleine Brand** auf dem Grundstücke Königsstraße 1 in der Nacht vom Sonntag zum Montage fand nicht in dem Orchesterraume des dortigen Viktoriatheaters, wie wir mitgetheilt haben, sondern in dem Raume unter dem Musikpavillon, welcher sich mitten im Garten befindet, und in welchem bekanntlich im Sommer während der Pausen das Theater-Orchester musizirt, statt. Es ist dies ein offener, leicht zugänglicher unverschlossener Raum. Dort gerieth, vielleicht durch eine von irgend einem Bummler weggeworfene Zigarre oder dergl. einiges Papier in Brand. Bekanntlich wurde letzterer alsbald im Entstehen erstickt.

r. **Diebstähle.** Einem Handelsmanne wurde am 29. d. M. Abends aus unverschlossenem Laden ein altes messingenes Plätteisen mit Bolzen gestohlen. — Verhaftet wurde heute Morgens gegen 3 Uhr ein Schlossergeselle, weil er in Gemeinschaft mit einem flüchtigen anderen Schlossergesellen einem Kaufmanne im Grundstücke Gr. Gerberstraße 17 aus verschlossener Stube mittelst Einbruchs einen Ueberzieher, einen Frack, drei seidene Damenkleider, einen schwarzen Muff und einige andere Kleinigkeiten entwendet hat. Die gestohlenen Gegenstände sind ihm abgenommen worden. — Verhaftet wurden gestern zwei Arbeiter, welche Abends mittelst Uebersteigens des Zauns aus dem verschlossenen Grundstücke Wienerstraße 4 verschiedenes Bauholz entwendeten. — Verhaftet wurde ein Bursche, welcher im dringenden Verdachte steht, seiner Pflegemutter aus unverschlossenem Behälter 150 M. entwendet zu haben.

r. **Ein genügsamer Dieb.** Eine Wittwe auf der Wallischei, welche sich allmälig 300 Mark erspart hatte, diesen Betrag aber, wie dies leider meistens die Leute aus den niederen Volksschichten thun, nicht zur städtischen Sparkasse gebracht, sondern bewahrte denselben in dem Strohsacke ihres Bettes auf. Als sie nun Sonntag Nachmittags ihre Wohnung auf einige Stunden verlassen hatte, drang ein Dieb mittelst Nachschlüssels in dieselbe ein, eignete sich von den 300 M. einen Theil, 77 M., an und ging alsdann unter Zuschließung der Thür wieder fort. Entweder hat sich der Dieb absichtlich mit diesem Betrage, d. h. also ca. 25 pCt. der Gesammtsumme, begnügt, oder, was auch möglich ist, er hat die übrigen 75 pCt. nicht gefunden!

.—r. **Wollstein,** 28. Januar. [Kriegerverein. Fortbildungsverein. Wahlen.] Dieser Tage fand im Röselerschen Saale hierselbst unter Vorsitz des ersten Vorstandsmitgliedes, Herrn Amtsrichter Lieutenant Reinicke, eine zahlreich besuchte Generalversammlung des Kriegervereins statt. Auf der Tagesordnung stand die Neuwahl dreier Vorstandsmitglieder und Besprechung einiger Vereinsangelegenheiten. Die ausscheidenden bisherigen Vorstandsmitglieder wurden auf fernere drei Jahre einstimmung wiedergewählt, und zwar: zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Amtsrichter Lieutenant Schlüter, zum Schriftführer Herr Maurermeister Neßler und zum Abtheilungsführer Herr Steuer-Aufseher Schaft. Da der bisherige Protektor des Vereins, Herr Hauptmann v. Bosse auf Karna, sein Protektorat über den Verein niedergelegt hatte, wurde Herr Justizrath Premier-Lieutenant Högg ersucht, dasselbe zu übernehmen. Herr Justizrath Högg, welcher in der Versammlung anwesend war, erklärte sich zur Uebernahme des Protektorats bereit und hielt eine Ansprache an die Kameraden, welche mit einem Hoch auf den ersten Protektor aller Kriegerverene, auf Se. Majestät den Kaiser schloß. Der hiesige Kriegerverein zählt zur Zeit, nachdem einige Kameraden wegen Nichtzahlung der Beiträge ausgeschlossen werden mußten, 108 Mitglieder. — Der Vorstand unseres Fortbildungsvereins giebt sich alle Mühe um den Verein wieder zu seiner früheren Blüthe zu bringen. So hat er erst dieser Tage den als Wanderlehrer rühmlichst bekannten Gelehrten Herrn Dr. Bensey aus Weimar zu einem Cyclus von drei Vorträgen, die er in der ersten Hälfte des Monats Februar hier halten wird, engagirt. — Folgende Wahlen sind in diesen Tagen vom hiesigen k. Landrathsamte bestätigt worden: Die Wahl des Eigenthümers Klisch zum Gemeindeältesten zu Groß-Groitzig, des Eigenthümers Waszko zum Schulzen und Ortssteuererheber, sowie der Eigenthümer Gärtner aus Janik II. zu Gerichtsmännern in Jaziniec. — In Adamowo sind Eigenthümer V. Kaczmarek zum Schulkassenrendanten und die Eigenthümer M. Kaczmarek und Ceglarek zu Schulvorstehern gewählt und bestätigt worden.

× **Gnesen,** 30. Januar. [Oberlandesgerichts-Präsident v. Kunowski. Frevelthaten. Eisenbahn Gnesen-Witkowo-Strzalkowo. Beschälstationen.] Vorgestern traf der Oberlandesgerichts-Präsident v. Kunowski hier ein und wohnte der Schwurgerichtssitzung sowie auch einer Verhandlung vor dem Schöffengericht bei. — In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ist dem Töpfermeister Knaak hierselbst durch eine Niederträchtigkeit ein großer Schaden zugefügt worden. Bei einem Neubau in der Warschauerstraße war Herr Knaak, sowie auch der Töpfermeister Grzybowski mit dem Setzen neuer Oefen beschäftigt und zwar der erstere in der untern der letztere in der obern Etage. Mehrere Oefen waren beiderseits bereits fertig gestellt. Zu ihrem Schrecken bemerkten nun gestern früh die Gesellen des Herrn K., als sie die Arbeit aufnehmen wollten, daß drei der fertigen Oefen umgeworfen dalagen; zertrümmert fanden sie einzelne Kacheln in den noch unfertigen Zimmern umherliegen. Die Oefen waren von bester Qualität. Die Staatsanwaltschaft hat auf eine bezügliche Anzeige des Herrn K. die Untersuchung eingeleitet. —

Eine Rohheit begingen die Arbeiter Lawicki und Ostrowski, indem sie vier Pferden die Schweife gänzlich abschnitten. Beide sind sofort verhaftet worden. — Es ist Aussicht vorhanden, daß auswärtige Kapitalisten den Bau einer normalspurigen Eisenbahn von Gnesen nach Witkowo und Strzalkowo übernehmen, wenn seitens der Interessenten ein Theil des aufzubringenden Aktienkapitals gezeichnet wird. Zur Berathung über diesen Gegenstand und zur Entgegennahme von Aktien-Zeichnungen hat der hiesige Landrath eine Interessenten-Versammlung auf Freitag, den 3. Februar d. J., Nachmittags ¼4 Uhr im Knast'schen Gasthause in Witkowo anberaumt und im Auftrage des Komites alle Interessenten dringend eingeladen. — Das hiesige Landrathsamt bringt im heutigen Kreisblatte zur Kenntniß, daß in Karsewo und Schwarzenau Beschälstationen errichtet und die Beschäler aus dem Landgestüt Zirke entnommen sind. Die Preise betragen auf Station Karsewo 10, 9 und 8 Mark, auf Station Schwarzenau 12, 9 und 8 Mark.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Zahlungseinstellung in Magdeburg.** Aus Magdeburg meldet man die Zahlungseinstellung des dortigen Zucker-Agenten Cornelius Bach. Die Passiva werden mit 3,600,000 M. angegeben, wovon, wie man vorläufig annimmt, 50 Prozent gedeckt sein dürften. Bach soll an der Börse spekulirt und Verluste im Börsenspiel auch hauptsächlich die Veranlassung zu seiner Zahlungseinstellung gegeben haben.

** **London,** 30. Jan. [Die Bank von England] hat heute den Diskont von 5 auf 6 Prozent erhöht.

** **Brüssel,** 30. Jan. [Die Nationalbank] hat den Diskont für Wechsel, welche im Auslande auf Belgien gezogen sind, auf 9 Prozent erhöht.

** **Amsterdam,** 30. Jan. [Die niederländische Bank] hat den Diskont von 4½ auf 5 Prozent erhöht.

Vermischtes.

* **Die Folgen der Ringtheater-Katastrophe.** Wir lesen in der „N. Ztg.": „Was geschehen konnte, um die Katastrophe des Wiener Ringtheaters äußerlich zu sühnen, ist in überreichem Maße geschehen. Die Unglücksstätte selbst hat bekanntlich Kaiser Franz Joseph angekauft und sie zu Schulzwecken bestimmt; eine Kapelle soll dort das Gedächtniß des Unglücks dauernd erhalten. Die Sammlungen für die Hinterlassenen der Opfer, zu denen die ganze Erde beigesteuert hat, ergaben ein Resultat weit über das Bedürfniß hinaus; es sind über eine Million Gulden zusammengekommen, dagegen hat sich die Zahl der Opfer, die Anfangs über neunhundert angegeben wurde, nach und nach bis auf die Hälfte reduzirt und da nur ein Bruchtheil der Verunglückten unterstützungsbedürftige Angehörige hinterläßt, so wird die Million in verhältnißmäßig wenige Theile gehen. Die gerichtliche Untersuchung schreitet vor und gelangt nächstens zum öffentlichen Abschluß. Am stärksten wirkt der Widerstoß jenes Schreckensereignisses auf die Verwaltung der Stadt Wien; bereits ist der Polizeipräsident Baron Marx zu Falle gekommen und eben stürzt ihm der Bürgermeister von Wien, Dr. Newald, nach. Es ist ein eigenthümliches Bild von Wiener Verhältnissen, das dieser letzte Vorgang enthüllt. Eingeleitet wurde der Fall des Dr. Newald durch das, was man in juristischer Sprache einen negativen Kompetenzkonflikt nennt. Der Bürgermeister von Wien behauptete, nicht er, sondern der Statthalter nur habe die Befugniß, allgemeine Anordnungen über die Sicherungsmaßregeln in den Theatern zu erlassen, dagegen hat der Statthalter Herr von Possinger mit Heftigkeit diese Berechtigung von sich ab und dem Bürgermeister zugewiesen. Freilich brach dieser Streit erst nach dem Brande aus, vor demselben hätten sich vielleicht die Rollen vertauscht. Der Kampf zwischen Bürgermeister und Statthalter wurde mit Aktenauszügen, mit Citaten von Verordnungen, mit dem ganzen Rüstzeug österreichischer administrativer Jurisprudenz geführt. Wirft man einen Blick in die gewechselten Schriften, so bekommt man den Eindruck eines öden Hin- und Herzerrens. Etwas dramatischer gestaltete sich die Sache, als, was in Wien noch nie geschehen war, der Statthalter einen Kommissar in die Sitzung des Gemeinderathes abordnete, der diesem über die Fälle der Rechtsbefugnisse der Stadtbehörden einen längeren und, wie wir hoffen, instruktiven Vortrag hielt. So hätte der Streit noch lange hin- und hergehen können; er erhielt sein plötzliches Ende, als sich ergab, daß der Statthalter seinen Minister, den Herrn von Taaffe, hinter sich habe, Herr Newald aber nicht seinen Gemeinderath. Herr Newald hatte als Bürgermeister das unglücklichste Kampfterrain gewählt, als er der Regierung gegenüber die Autonomie der Wiener Gemeinde im Feuerpolizeiwesen so hartnäckig bestritt. Mehr noch als alles Andere aber hat es dem Wiener Oberbürgermeister geschadet, daß er es an Schärfe und Schneidigkeit dem Tone gegenüber fehlen ließ, den der Statthalter angeschlagen hatte. Das, was aber jetzt erfolgte, ist in der Geschichte der Gemeindeverwaltungen wohl selten vorgekommen. Am Sonntag versammelte sich eine größere Anzahl von Gemeinderäthen und beschloß, eine Deputation an Herrn Newald zu senden mit der Aufforderung, seine Stelle niederzulegen; die Deputation fand sich auch, welche diese moralische Hinrichtung unternahm, sie verließ den geängsteten und verwirrten Bürgermeister nicht eher, als bis dieser mit Handschlag versprochen hatte, seine Demission zu geben. Am Dienstag ließ er auch in der That eine lange juristische Ausführung im Gemeinderath verlesen, in welcher bewiesen wurde, daß seine Rolle gegenüber feuergefährlichen Einrichtungen in Theatern eine passive sei, dann wurde ein Schreiben des Herrn Newald zur Kenntniß gebracht, in welchem derselbe mittheilt, daß er seiner „erschütterten Gesundheit wegen" seine städtischen Stellungen niederlege. Wir können allerdings nur sagen, wer so fällt, der verdient zu fallen. Die Wiener Blätter sind voll von Betrachtungen, was nun werden soll; die „N. Fr. Pr." meint, die Wiener Stadtverwaltung bedürfe einer Reform nicht nur am Haupte, sondern auch an den Gliedern, sie klagt, daß eine turbulente Partei „besternter Demokraten", die sich Wirthschaftspartei nenne, das Regiment an sich gerissen habe. Die Verhältnisse im Wiener Gemeinderath sind nur aus den Verhältnissen von Wien zu begreifen. Die Lage der Hausbesitzer ist dort in Folge der kaum erschwinglichen Steuern und Lasten, sowie der großen Verschuldung des Grundeigenthums eine außerordentlich gedrückte, kaum haltbare. In Folge dessen hat sich eine Partei gebildet, deren Tendenzen wir am besten veranschaulichen, wenn wir sie städtische Agrarier nennen; diese Spezies ist in jeder Beziehung radikaler, als die ländlichen Agrarier es sind. Diese Partei sucht dann wieder in der Anlehnung an Hof, Aristokratie und Klerus eine Stütze, was ihr von ihren Gegnern den Namen Hofdemokraten eingetragen hat. Die deutsche Verfassungspartei, die früher den wiener Gemeinderath beherrschte, ist eben darin ziemlich unmächtig; die Wahl des Dr. Newald war das Werk jener städtischen Agrarier und das Fiasko desselben trifft vor Allem diese Partei. — Wie die wiener „Presse" hört, wird der ehemalige Bürgermeister Dr. Newald beim Strafgerichte in Sachen des Ringtheater-Brandes vernommen werden und eine Vorladung nach § 335 des Strafgesetzes erhalten. Dr. Newald dürfte demnach in diesem Prozesse eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

* **Eine zu Thränen rührende Geschichte** weiß der pariser „Figaro" aus Metz zu berichten. Zwei Franzosen, die eine kurze Reise durch Elsaß-Lothringen gemacht hatten, hielten sich auf der Heimreise 48 Stunden in Metz auf, nahmen ihr Diner in einem der ersten Restaurants der Stadt ein. Alle Tische waren dicht besetzt, da aber die beiden Franzosen Niemanden kannten, so führten sie ihre Unterhaltung still für sich. Als sie fertig waren, bezahlten sie und schickten sich an zu gehen. Wer beschreibt ihr Erstaunen, als sich plötzlich alle Anwesenden erhoben und die Fortgehenden mit schweigender Verbeugung grüßten. Man hatte sie als Franzosen erkannt. „Auf diese ergreifende Weise drückte die Bevölkerung den ehemaligen Landsleuten ihre schweigenden Sympathien aus. Als die Franzosen auf der Straße waren, blickten sie stumm einander an und Jeder sah im Auge des anderen eine Thräne glänzen." So schließt der „Figaro". „O ja, o ja, wie rührt mich dies", würde Herr von Eisenstein sagen.

Briefkasten.

W. in Neustadt b. P. Nach A. L. R. II. Lit. 12 § 29 liegt die Unterhaltung der Gemeindeschulen, soweit keine sonstigen Fonds für sie vorhanden sind: „den sämmtlichen Hausvätern des Ortes ohne Unterschied ob sie Kinder haben oder nicht und ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses ob". Die Beiträge werden nach dem Verhältnisse der Besitzungen und Nahrungen, resp. modern ausgedrückt, nach Maßgabe der Kommunal- und Staatssteuern vertheilt, und nöthigen Falles im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben. Zu den oben genannten Hausvätern gehören nach konstanter Auslegung obiger Gesetzesstelle nicht nur die Hausbesitzer sondern alle diejenigen Personen, die mit eigenen Mitteln einen Hausstand betreiben, und besonders auch, wie wiederholt entschieden worden, katholische Geistliche. Mit ihrem Dienstland und ihren Dienstwohnungen sind diese indessen in den meisten Fällen von der Grund- und Gebäudesteuer und daher auch von den darauf entfallenden Schulbeiträgen befreit. Die Detailpunkte finden Sie im § 4 des Ges. vom 21. Mai 1861 sub No. 1, betreffend die anderweite Regelung der Grundsteuer und im § 3 sub No. 5 des Gesetzes betr. die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, vom gleichen Datum (Ges. Samml. S. 253 u. 317.). Ob diese Bestimmungen auf die bei Ihnen vorliegenden praktischen Verhältnisse passen, werden Sie leicht selbst prüfen können.

N. in S. Wenn der Distriktskommissarius im Auftrage des Gerichts, der Staatsanwaltschaft oder einer anderen Behörde Zeugen vernimmt, so haben dieselben ebenso einen Anspruch auf Zeugengebühren, wie die vor Gericht Geladenen. Oeffentliche Beamte können also, wenn sie aus Veranlassung ihres Amts in gerichtlichen Angelegenheiten vom Distriktskommissar vernommen werden, Tagegelder und Reisekosten nach Maßgabe der für Dienstreisen geltenden Vorschriften fordern, in Angelegenheiten der Verwaltungsbehörde nach den für diese maßgebenden Sätzen. Die Liquidation wird aber nicht vom Distriktsamt sondern von der requirirenden Behörde ausbezahlt und ist daher an diese zu richten. — Vernimmt der Distriktskommissar innerhalb seiner eigenen Kompetenz Zeugen, so fallen die den Zeugen gewährten Zeugengebühren dem betreffenden Polizeidistrikte zur Last und sind dieselben beim Kommissarius selbst zu liquidiren. Die Vorschriften hierüber sind (wenn wir nicht irren) in einer Verordnung vom April 1844 und einem Reskript vom Oktober 1865 enthalten.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Bekanntmachung.

Zufolge Beschlusses der Kreistagsversammlung vom 7. März 1881 und der kreisständischen Finanzkommission vom 15. Juli 1881 werden **die sämmtlichen** auf Grund der Allerhöchsten Privilegien vom 30. Juni 1858, 13. März 1862 und 15. August 1865 ausgegebenen und noch im Umlauf befindlichen Kreis-Obligationen des Meseritzer Kreises, und zwar:

Chaussee-Anleihe:

I. Emission:

Litt. A über 1500 Mark 12 Stück.

Nr. 5 6 8 10 11 12 13 14 15 16 17 18.

Litt. B über 300 Mark 114 Stück.

Nr. 83 88 89 90 91 92 93 94 95 97 100 103 104 105 106 107 108 113 114 139 141 142 143 145 151 152 153 154 156 160 161 162 165 167 168 169 170 175 181 182 184 185 187 192 193 195 197 199 202 203 204 210 211 212 214 215 217 218 219 222 223 226 227 228 230 233 237 238 239 240 241 242 245 250 251 252 253 254 255 256 257 258 259 262 263 264 265 268 269 270 271 272 273 274 275 276 277 278 279 280 281 282 283 286 289 290 291 292 293 294 295 296 297 298.

Litt. C über 150 Mark 198 Stück.

Nr. 239 240 242 243 244 245 246 247 248 249 250 251 252 262 263 264 265 266 268 269 272 274 289 291 292 295 299 303 319 322 326 327 328 330 331 332 334 335 336 337 338 342 346 348 349 352 355 362 363 365 366 367 374 376 384 385 393 395 401 405 406 408 409 411 415 417 418 419 421 422 423 424 425 428 431 433 434 436 437 438 441 443 444 445 446 447 448 449 450 451 453 454 456 457 458 461 462 463 464 465 466 467 468 469 470 471 472 474 475 476 477 478 479 480 481 482 483 484 487 488 489 490 491 492 496 497 498 500 501 502 504 505 506 509 512 515 516 518 519 520 521 525 527 529 530 531 532 533 534 535 536 537 540 542 543 545 547 548 551 552 554 556 557 558 559 561 562 563 564 565 566 567 568 570 571 572 573 574 575 576 577 579 580 581 582 583 584 585 586 587 589 590 593 594 595 596 597 598

Litt. D über 75 Mark 83 Stück.

Nr. 1035 1060 1061 1063 1064 1065 1066 1068 1072 1073 1074 1075 1076 1077 1078 1088 1089 1090 1091 1093 1094 1096 1097 1098 1102 1105 1106 1107 1108 1114 1115 1116 1118 1119 1120 1121 1122 1123 1127 1128 1129 1130 1131 1132 1133 1134 1137 1140 1142 1144 1145 1146 1147 1148 1150 1151 1153 1154 1155 1157 1164 1167 1169 1171 1172 1175 1176 1177 1178 1180 1182 1184 1186 1187 1188 1189 1191 1192 1193 1194 1195 1197 1198.

II. Emission:

Litt. D über 75 Mark 153 Stück.

Nr. 1206 1207 1208 1209 1210 1213 1214 1215 1216 1217 1218 1219 1224 1225 1232 1233 1234 1236 1238 1242 1243 1247 1248 1249 1250 1252 1259 1561 1565 1594 1623 1707 1783 1792 1793 1795 1796 1797 1803 1804 1814 1817 1819 1820 1821 1822 1823 1824 1825 1826 1830 1831 1833 1835 1836 1838 1840 1842 1843 1847 1849 1850 1851 1852 1853 1857 1858 1859 1866 1868 1873 1876 1877 1879 1880 1883 1884 1885 1889 1890 1891 1893 1894 1897 1900 1902 1903 1904 1909 1910 1916 1918 1921 1922 1925 1926 1927 1930 1931 1933 1934 1935 1938 1939 1941 1943 1944 1949 1951 1952 1953 1955 1957 1958 1959 1960 1961 1962 1964 1967 1974 1975 1978 1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1989 1991 1995 1996 1997 2007 2113 2162 2163 2168 2176 2177 2178 2179 2182 2183 2184 2186 2188 2190 2193 2194.

III. Emission:

Litt. A über 1500 Mark 20 Stück.

Nr. 1 bis incl. 20.

Litt. B über 600 Mark 100 Stück.

Nr. 1 bis incl. 100.

Litt. C über 300 Mark 200 Stück.

Nr. 1 bis incl. 200.

Litt. D über 120 Mark 250 Stück.

Nr. 1 bis incl. 250.

hiermit **wiederholt** zum 1. April 1882 gekündigt.

Die Inhaber der Obligationen werden hierdurch nochmals aufgefordert, dieselben in coursfähigem Zustande nebst den Coupons und Talons am 1. April d. J. gegen Baarzahlung des Nennwerthes bei der Kreis-Kommunalkasse in Meseritz zurückzugeben.

Wegen Kündigung der Obligationen der Eisenbahn-Anleihe nehme ich Bezug auf meine Bekanntmachung vom 21. September 1881, conf. Nr. 676 und 841 der Posener Zeitung pro 1881.

Meseritz, den 23. Januar 1882.

Namens der Kreisständischen Finanz-Kommission.

Der Königliche Landrath.

Zwicker.

Bekanntmachung.

In dem **am 7. Februar c.** in dem fürstlichen Forstrevier **Korytnica** anstehenden Holzverkaufs-Termin kommen im Schlage Jagen 14:

140 Rm. Rothbuchen-Felgen,
100 Rm. Eichen-Stab- und Böttcherholz,
200 Stück Rothbuchen-Blöcke und -Nutzstücke

zum meistbietenden Verkauf.

Zusammenkunft der Käufer: **Vormittags 10 Uhr** im Forsthaus **Theresienlust** bei **Rozzki**.

Bemerkt wird, daß der Holzschlag Jagen 14 = 10 Kilom. entfernt vom Bahnhof **Bienew** der Kreuzburg-Posener Eisenbahn und 19 Kilom. vom Bahnhof **Krotoschin** der Oels-Gnesener Eisenbahn liegt.

Fr.-Wilh.-Hayn bei Krotoschin, den 29. Januar 1882.

Fürstl. Thurn u. Taxis'sches Forstamt Krotoschin.

Aufkündigung

nachstehender Obligationen des Kreises Pleschen:

I. Kreis-Chausseebau-Anleihe

vom Jahre 1857 im Betrage von 108,125 Thaler.

a. Ausloosung vom 26. September 1880.

Litt. A. über 3000 Mark.

Nr. 2 15 21.

Litt. C. über 150 Mark.

Nr. 110 119 120 125 140 141 143 147 148 149 158 160 173 176 177 178 179 180 181 182 183 189 195 196 198 199 202 224 225 232 233 234 235 238 250 251 259 263 265 266 267 268 269 270 271 274 275 293 294 295 296 299 301 304 308 309.

Litt. D. über 75 Mark.

Nr. 37 140 141 142 269 272 276 284 326 327 413 448 479 523 524 544 570 571 573 600 619 622 631 632 686 687 706 713 714 716 717 797 923 998 1000 1012 1013 1031 1035 1038 1049 1052 1063 1064 1066 1067 1085.

b. Frühere Ausloosungen.

Litt. C. über 150 Mark.

Nr. 257 332.

Litt. D. über 75 Mark.

Nr. 387.

II. Kreis-Eisenbahn-Anleihe

vom Jahre 1873 im Betrage von 900,000 Mark.

Litt. E. über 75 Mark.

Nr. 13 32 36 37 38 39 40 110 113 147 161 162 163 184 187 239 241 242 248 249 250 252 273 278 279 285 286 287 297 298 344 345 405 436 708 711 737 773 778 804 805 855 877 1092 1106 1208 1236 1250 1260 1270 1272 1274 1275 1323 1385 1386 1447 1448 1469 1473 1521 1534 1637 1638 1639 1731 1732 1738 1739 1740 1742 1743 17[illegible] 1746 1747 1748 1749 1750 1755 1756 1757 1758 1759 1760 1761 1766 1772 1774 1775 1776 1782 1786 1788 1792 1809 1825 1860 1862 1909 1910 1911 1912 1913 1914 1915 1916 1917 1967 1968 1988 1993 2044 2180 2181 2187 2188 2225 2226 2291 2292 2293 2294 2302 2304 2305 2306 2307 2342 2390.

Diese Obligationen sind nebst den dazu gehörigen noch nicht fälligen Zinscoupons und Talons am 1. April 1882 auf der Kreis-Kommunal-Kasse hierselbst gegen Bezahlung des Nennwerthes zurückzuliefern.

Pleschen, den 27. September 1881.

Die Finanz-Kommission des Pleschener Kreises.

Im Auftrage: Landrath **Gregorovius.**

Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha.

Bekanntmachung.

Nach dem Rechnungsabschluß der Bank für das Geschäftsjahr **1881** beträgt die in demselben erzielte Ersparniß:

74 Procent

der eingezahlten Prämien.

Die Bankteilnehmer empfangen, nebst einem Exemplar des Abschlusses, ihren Dividendenantheil in Gemäßheit des zweiten Nachtrags zur Bankverfassung von 1877 der Regel nach beim nächsten Ablauf der Versicherung, beziehungsweise des Versicherungsjahres, durch Anrechnung auf die neue Prämie, in den in obigem Nachtrag bezeichneten Ausnahmefällen aber baar durch die unterzeichneten Agenturen, bei welchen auch die ausführliche Nachweisung zum Rechnungsabschluß zur Einsicht für jeden Bankteilnehmer offen liegt.

Im Januar 1882.

Paul Venzke in Posen. **Fr. v. Oven** in Rogasen.
Paul Liefz in Obornik. **R. Kurzmann** in Samter.
H. Luedtke in Schrimm.

Die Gewinne zur zoologischen Garten-Lotterie

I. Serie

sollen von denjenigen hiesigen Geschäftsleuten angekauft werden, welche für die ausgesetzten Preise die werthvollsten und passendsten Gegenstände liefern. Die Gewinne bestehen in einem Silberkasten im Minimalwerthe von 300 Mark, einem Patentstuhl im Minimalwerthe von 150 Mark, 3 Gewinnen à 50 M. (Regulator, silberne Chronometer in Anker und Cylinder), 9 Gewinnen im Mindestwerthe von à 25 M. (kleine Silber- und Luxusgegenstände), 20 Gewinnen à 10 M., 66 à 5 M., 100 à 3 M. (Galanterie- und Lederwaaren, Stöcke 2c.). — Schriftliche Offerten sind

bis zum 7. Februar d. J.

an den Rendanten des Vereins, Herrn Kaufmann **Simon**, Graben Nr. 14 hier, einzureichen.

Die Lotterie-Kommission.

Loose zur Posener Zoologischen Garten-Lotterie à 1 M., Ziehung 15. April cr., sind zu beziehen durch die Expedition der Posener Zeitung. Wiederverkäufern Rabatt.

Mit größeren Wäschelieferungen für sämmtliche Armee-Corps beschäftigt, offerire:

5000 Stück **Handtücher**, gesäumt, 2 Ellen lang, 3/4 Ellen breit, à Stck. 55 Pfg.

5000 Stück **Strohsäcke** aus schwerer Segelleinwand, 3 1/4 Ell. lang, 1 1/2 Ell. breit, à 2,50 Mk., aus gewöhnl. Strohsacklein 1,20—2,00.

5000 Stück **Bettlaken** aus reinlein Creas, 3 Ell. lang, fertig genäht, à Stck. 1,75 Mk.

Buntkarrirte baumwollene Bettbezüge, fertig genäht, 3 Ell. lang, m. 1 Kissen, 3,75 Mk.

Weiße Bettbezüge, aus reinlein Creas fertig genäht, 3 1/2 Ellen lang, m. 1 Kissen, 5,50 M.

Fertige Chiffon-Bezüge sowie sämmtliche Bettwäsche, als: glatte und gestreifte Inlett- u. Unterbett-Drillich-Bezüge, Chiffon und Leinwand, Lakenleinwand — alles in einfacher und doppelter Breite.

Bestellungen auf ganze Einrichtungen werden schnellstens ausgeführt.

Auf Wunsch auch **Matratzen** und **Bettfedern** geliefert.

Louis J. Löwinsohn,
Leinwand- und Wäschefabrik,
Markt 77, gegenüber der Hauptwache.

Geldschränke

mit Stahlpanzer, feuerfest und diebessicher empfiehlt franco jeder Station billigst

C. A. Boettger, Erfurt,
Geldschrank-, Eisenmöbel- u. Waagen-Fabrik.
Solide Agenten gesucht.

Schwarze

Cachemir-Kleider,

neueste Façons, sehr billig, schon von 12 M. an, empfiehlt die Damenschneiderei **Wilhelmsstr. 18**, neben der Druckerei.

Strohhüte

zum Waschen und Modernisiren werden angenommen

Leopold Basch,
Markt 57.

Drainagen,

Wiesenanlagen, Schlageintheilungen, Neumessungen und Nivellements, überhaupt alle in sein Fach schlagende Arbeiten übernimmt

Thorn, im Januar 1882.

J. Böhmer,
Königl. Feldmesser.

CACAO-VERO,

entölter, leicht löslicher

Cacao.

Unter diesem Handelsnamen empfehlen wir einen in Wohlgeschmack, hoher Nährkraft, leichter Verdaulichkeit und der Möglichkeit schnellster Zubereitung (ein Aufguss kochenden Wassers ergiebt sogleich das fertige Getränk) unübertreffl. Cacao. 1 Pfd. = 100 Tassen.

Preis: per 3/1, 1/1, 1/2, 1/4 = Pfd.-Dose
850, 300, 150, 80 Pfennige.

HARTWIG & VOGEL Dresden

Zu haben in den meisten Colonial-, Delikateß- und Droguengeschäften.

Trunksucht

ist durch ein seit Jahren bewährtes, ganz vorzügliches Mittel heilbar Das Glück vieler Familien ist durch dasselbe wieder hergestellt worden. Wegen Erlangung dieses Mittels wende man sich mit vollem Vertrauen an

Reinhold Retzlaff, Fabrikant.
Dresden 10 (Sachsen).

Pensionärinnen

werden gesucht von

Frau von Below,
Posen, St. Martin 61 II.

Syphilis, Geschlechts- und Hautkrankheit., Schwächezustände, (Pollut. Impot.) heilt mit sicherem Erfolge, auch briefl., Dr. **Holzmann**, Berlinerstr. 16 part.

Syphilis, Haut-, Frauenleiden, Impotenz heilt brieflich ohne Berufsstörung Dr. med. **Zilz**, Berlin, Prinzenstr. 56.

Ein Laden für Fleisch- u. Wurstgeschäft n. Wohnung per 1. April zu verm. **J. Krakauer**, Schützenstr. 26.

Eine Wohnung,

besteh. aus 1 Zimmer, Alkove und Küche wird per 1. März gesucht. Off. m. Preisang. unt. G. E. postl.

Zwei möbl. Zimmer, Kleine Gerberstr. 8, I. Tr. Thoreing., sofort billig zu vermiethen.

---

1 möbl. Zimmer zu vermiethen. **Wilhelmspl. 14 I.**

Ein kl. **möbl.** warm. **Z. z. verm.** Königsstr. 7, II. Et. l. Volksgart.

Wohn. zu 2 u. 3 Z. u. Küche sind **Wilhelmspl. 18** zu verm.

Breitestraße 20

2. Et. 3 Stuben, 1 Küche mit Wasserl. v. 1. April zu vermiethen.

Große Gerberstraße 8|9

sind billig **möblirte Zimmer** zu vermiethen.

Ein freundliches möblirtes Zimmer, Langestraße 11 I Etage links, ist mit oder ohne Kost, zum ersten Februar billig zu vermiethen.

Ein möblirtes Zimmer sofort zu vermieth. St. Martin 29 Part.

Graben Nr. 9

sind die 1. u. 2. Etage ganz oder getrennt v. 1. April cr. zu verm. Näh. Berlinerstr. 19 im Comtoir.

Eine

herrschaftl. Wohnung

St. Martinstr. 18 sofort zu verm. Näh. daselbst I. Etage links.

---

1 möbl. Zimmer zu vermiethen Petristr. 6 Parterre.

Vertretung in Getreide

wird für Chemnitz und sächsisches Erzgebirge von einem mit dem Fach bekannten Geschäftsmann von einem leistungsfähigen Hause in Posen oder Nähe zu übernehmen gesucht.

Offerten unter **C. J. 481 postlagernd Chemnitz** zu richten.

Agenten,

welche im Stande sind, Cigarren gegen Kassa, aber billig unterzubringen, wollen ihre Adresse unter R. B. 5 in der Expedition dieser Zeitung niederlegen.

Ein tüchtiger Commis,

beider Landessprachen mächtig, findet in meinem Kolonialwaaren- und Destillationsgeschäfte sofort dauernd Stellung.

M. Deutschmann, Gnesen.

Am 1. April findet ein unverheiratheter

Wirthschaftsbeamter

bei mir Stellung.

Kenntniß der polnischen Sprache erforderlich.

Reisner,
Ostrowieczno b. Dolzig.
Kr. Schrimm.

Die Unterzeichneten erfüllen die traurige Pflicht, das heute Vormittag 5 1/2 Uhr erfolgte Ableben des Herrn Rechtsanwalts und Notars

Heinrich Vatiché

hierselbst anzuzeigen.

In dem Dahingeschiedenen haben wir einen treuen Freund und liebenswürdigen, hochgeschätzten Kollegen verloren, dem wir das beste Andenken bewahren werden.

Birnbaum, den 30. Januar 1882.

Die Richter des Königl. Amtsgerichts. — **Der Rechtsanwalt und Notar Justizrath Fischer.**

Gesucht n. Kgr. Polen u. Prov. Posen.

3 gepr. perf. musik. Erzieherinnen, 5 deutsche (kath.) musik. Bonnen, 3 musikal. Kindergärtnerinnen. Schriftl. Meld. n. Zeugn.-Abschr. u. Retourm. werd. berücksichtigt.

Suchen Stellung: Einige tücht. Müllerges., Unterbrenner u. Wirthschaftseleven.

F. Skoblinski,
Posen, Schützenstr. 28.

Eine geübte Nähterin kann sich melden bei **Lisiecka**, Friedrichsstr. 30.

Ein pensionirter **Militair**, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, findet Stellung als

Portier

bei der **Zuckerfabrik Wreschen.**

Einen Lehrling

sucht per sofort unter günstigen Bedingungen die Manufakturwaaren-Handlung von

Hirsch Bach.

Kurnik, 30. Januar 1882.

Ein jüdischer **jung. Mann**, der Kolonialwaaren- und Schankbranche, der seine Lehrzeit beendet hat und der polnischen Sprache mächtig sein muß, findet in einer kleinen Provinzialstadt der Prov. Posen zum 1. März oder 1. April d. J. vortheilhaftes Engagement. Daselbst kann auch ein **Lehrling** unter sehr günstigen Bedingungen placirt werden. Näher. unter G. 40 in der Expedition d. Zeitung.

Ein Lehrling

findet in meinem Manufaktur-, Kolonial- und Eisenwaaren-Geschäft unter günstiger Bedingung sofort Stellung.

Isaac Lublinski,
Gembitz (Kreis Mogilno).

Einen Lehrling

mit guten Schulkenntnissen sucht

Louis Türk's Buchhandlung.

Eine **gebildete** junge **Wirthschafterin** findet bei 300 Mark Gehalt dauernde **selbstständige** Stellung, ferner gesucht für Stadtwirthsch. eine anständ. Wittwe zur Stütze der Frau. Auch verschiedene tüchtige Landwirthinnen finden gute Stellung durch **E. Anders**, Mühlenstraße 26.

Ein verheiratheter **Kunstgärtner**, im Besitz bester Zeugnisse, sucht zum 1. April d. J. Stellung auf einem größeren Gute. — Auch kann Jagd und Forst mit übernommen werden — noch im Dienst. Auf Wunsch Vorstellung. Gefl. Offerten unter **E. K. 315** befördert die Exped. d. Ztg.

Ein früherer **Wirthschaftsinspektor** sucht vertretungsweise oder aushilfsweise Beschäftigung, sei es im Rechnungsfach, sei es im Praktischen. Gefl. Offerten unter N. N. 14. Exped. dieser Zeitung.

Ein **Wirthschaftsinspektor** mit vorzüglichen Attesten und Empfehlungen sucht Stellung. Gefl. Offerten unter T. B. 13. d. Exped. d. Zeitung.

Ein Landwirth,

der in Schlesien durch Jahrzehnte große Güter mit glänzendem Erfolge für Zuckerfabriken bewirthschaftet hat, sucht ähnliche Stellung. Auch würde derselbe gern Rath ertheilen an Güter, die mit diesem Anbau noch unbekannt sind. Gefl. Offerten unter R. F. 12 der Exped. d. Ztg.

Für ein Mädchen von 7 Jahren wird eine geprüfte, anspruchslose, evangelische Erzieherin gesucht.

Knopf,
Płaczkowo b. Wilatowen, Kr. Mogilno.

Posener Verein zur Unterstützung von Landwirthschafts-Beamten.

Mehrere verheirathete und unverheirathete Wirthschafts-Inspektoren suchen Stellung. Auskunft ertheilt der Schriftf. **Boettger**, Wienerstr. 2.

Zum 1. April suche ich eine erfahrene, tüchtige

Wirthschafterin

aus guter Familie, welche die feine Küche, Bäckerei und das Einkochen der Früchte gründlich versteht, sowie die Aufsicht der Wäsche übernimmt. Zeugnisse und Gehaltsansprüche sind zu senden an

Marie v. Langendorff
auf
Schloß Kawitsch b. Bojanowo.

Für mein **Material- u. Eisenwaarengeschäft** suche ich zu Ostern

einen Lehrling.

August Cleemann
in Fraustadt.

Für mein Colonialwaaren- und Destillations-Geschäft suche ich für sofort oder auch per 1. April cr.

einen Lehrling.

O. Lachmann, Kosten.

Familien-Nachrichten.

Verlobte:

Rosa Kedziorek
Adolph Levy
Samter. **Posen.**

Heute früh verschied am Herzschlage unser geliebter Vater und Bruder, der Rechtsanwalt u. Notar

Vatiché.

Dies zeigt allen Freunden und Bekannten tiefbetrübt an

Die trauernde Familie.

Birnbaum, den 30. Januar 1882.

Heute Vorm. 11 Uhr entriß uns der Tod unsere liebe **Hedwig** im zarten Alter von 1½ Jahren.

Posen, den 31. Januar 1882.

Konst. Schröder und **Frau**, geb. **Wepold.**

Gestern Nachmittag 9¼ Uhr ist uns unser liebes Söhnchen

Kurt,

im Alter von 7½ Monat, durch den Tod entrissen worden.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 1. Februar 1882, Nachmittags 3¼ Uhr statt.

Posen, 31. Januar 1882.

Gustav Breiter u. Frau,
geb. **Männel.**

Nachruf.

Am 29. d. M. verschied in Owinsk nach langem schweren Leiden unser brave Kamerad, der königliche Oberfeuerwerker

Herrmann Hoffmann.

Nicht nur, daß der Hingeschiedene sich bei Allen durch seine persönliche Liebenswürdigkeit und Offenheit des Charakters ein dauerndes Andenken gestiftet hat, wird uns derselbe auch in seiner strengen Pflichttreue als Soldat, in seiner Unermüdlichkeit und Gründlichkeit bei Erfüllung seiner Dienstobliegenheiten, wodurch ihm bei seinen Vorgesetzten ein ehrendes Andenken bewahrt bleiben wird, ein nachahmungswürdiges Vorbild bleiben.

Sanft ruhe seine Asche!

Das Feuerwerks-Personal der Garnison Posen.

Kaufmännischer Verein zu Posen.

An dem Mittwoch den 1. Februar, Nachmittags 4 Uhr, stattfindenden Leichenbegängnisse unseres Vereinsmitgliedes, des Herrn

Ludwig Kunkel

wollen die Herren Vereinsmitglieder recht zahlreich theilnehmen.

Der Vorstand.

Kösener S. C.

Nächsten Sonnabend: Gesellschaftsabend im Restaurant **Kuhnke.**

Allg. Männer-Gesangverein.

Donnerstag, 2. d. M. Abds. 8 Uhr: **Ballotement u. geselliger Abend.**

Der Vorstand.

Bismarck-Tunnel.

Mittwoch, Abends 7½ Uhr:

Großes Extra-Frei-Konzert.

Lambert's Concert-Saal.

Heute Mittwoch den 1. Februar c., Abends 8 Uhr:

Strauß-Abend,

gegeben von der Kapelle 1. Niederschles. Inftr.-Regts. Nr. 46. Entrée 25 Pf.

W. Bethge.

Stadt-Theater.

Mittwoch den 1. Februar 1882:

Rienzi, der Letzte der Tribunen.

B. Heilbronn's Volks-Theater.

Mittwoch den 1. Februar cr.:

II. Sinfonie-Konzert,

ausgeführt von der ganzen Kapelle des 99. Inftr.-Regts. unter Leitung des Musikmeisters Hrn. **W. Fischer.**

Erstes Gastspiel der drei Geschwister **Rommer**, genannt **„Schwäbische Singvögel".**

Das Erwachen des Löwen.
Operette in 1 Akt.

Das Rauchen ist an diesem Abend durchaus nicht gestattet!

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Flora Jacks mit Hrn. Franz Chan. Fräulein Elise Schrödter mit Hrn. Rudolf Olbrich. Frl. Eleonore Ebert mit Maurermeister Max Pollandt in Berlin. Frl. Emmy Trossin mit Dr. med. Emil Hornig in St. Petersburg — Dresden/Oranienburg. Frl. Katharina Appel mit Fabrikbesitzer Ed. Siegert in Neufahrwasser u. Puschkowa. Verw. Fr. Landrath Herold, geb. Agnes von Bülow mit Herrn Major z. D. Ernst von Rohrscheidt in Meiningen.

Verehelicht: Herr Louis Ehrlich mit Frl. Johanna Dreger in Berlin. Herr Mathieu Freudenberg mit Frl. Margarethe Rose in Berlin. Herr Gustav Loewenthal in Stettin mit Frl. Emmy Wolffenberg in Berlin. Herr Piotr. Schiefer mit Frl. Clara Kynder in Königsberg.

Geboren: Ein Sohn: Herrn Fr. Wegener in Berlin. Hrn. Karl Keßner in Berlin. Herrn Hermann Rietdorf in Berlin. Hrn. Siegfried Basch in Berlin Pfarrer Ansorge in Ober-Eichstädt. Herrn Dr. Ludwig Cohn in Berlin. — Eine Tochter: Rittmeister Werner Freiherr v. Kirchbach in Bojanowo. Generalkonsul Rudolph in Stettin. Konsistorialrath Arnold in Berlin.

Gestorben: Dr. med. Gustav Büchtemann, Oberstabsarzt und Regimentsarzt im Leib-Kürassier-Rgt. in Berlin. Kaufmann Ferdinand Bethcke in Neu-Ruppin. Fr. Clara Brämer, geb. Willmann in Berlin. Hr. Ferdinand Rohde in Berlin. Frau Caroline Glöge, geb. Holzwarth in Berlin. Frau Elise Hammel geb. Behrens in Berlin. Brauereibesitzer Louis Bolle in Berlin. Fr. Köppe in Spandau. Kaufmann Gustav Waner in Potsdam. Verw. Frau Musikdirektor Pauline Boettcher, geb. Kunowsky. Major Oskar v. Stamford in Hildesheim. Großh. Bad. Notar a. D. Karl Klofer in Durlach. Frau Toinon v. Jena, geb. v. Raysk in Berlin. Lieutenant Georg von Ziegesar in Berlin.

Für die Inserate mit Ausnahme des Sprechsaals verantwortlich der Verleger.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.